Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 82 (2002)

Heft: 12-1

Rubrik: Dossier : Risikogesellschaft : auf der Suche nach Sicherheit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RISIKOGESELLSCHAFT - AUF DER SUCHE NACH SICHERHEIT

Der Verein Zivilgesellschaft hat am 9./10. November an einem Kolloquium im «Wolfsberg» in Ermatingen über das Spannungsfeld von Risiko und Sicherheit diskutiert. Während zwei Tagen hatten 130 Persönlichkeiten in fünf Arbeitsgruppen die Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit diesem Thema, das durch die Terroranschläge vom 11. September in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt ist. Im Dossier dieses Heftes werden nach einem einführenden Statement des Präsidenten des Veranstalters, d.h. des Vereins Zivilgesellschaft, zunächst die drei im Plenum gehaltenen Referate abgedruckt. Die Gruppendiskussionen werden durch die Thesen der Gruppenpräsidenten sowie durch eine kurze Zusammenfassung des Gesprächsverlaufs dokumentiert, das Panelgespräch durch einen generellen Bericht. (Red.)

Tito Tettamanti

präsidiert den «Verein Zivilgesellschaft», tritt des öfteren als Teilnehmer an Konferenzen und Debatten auf und veröffentlicht Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften. Er ist Autor der Bücher «Welches Europa?» (Zürich 1994, Ammann) und «Manifest für eine liberale Gesellschaft» (Zürich 1996, Ammann).

HIC SUNT LEONES

«Hier gibt es Löwen.» Mit dieser Inschrift wollte man auf mittelalterlichen Karten daran erinnern, dass diese Teile der damals bekannten Welt unerforscht, unberührt und gefährlich waren.

In der Zwischenzeit haben wissbegierige, unternehmungslustige, mutige und abenteuerliche Menschen diese und andere Teile der Welt entdeckt und erobert. Die Löwen können wir im Zoobesichtigen und im Zirkus werden sie dressiert vorgeführt. Die noch frei in den Savannen lebenden Tiere stehen unter Schutz, weil der Mensch dank der Feuerwaffen und anderen technischen Erfindungen heute stärker, gefährlicher und auch grausamer sein kann als der Löwe.

Risiko als Begleiter unserer Entdeckungen. Risiko als Merkmal des Fortschritts. Risiko als Bestandteil unseres Lebens.

Ich bin überzeugt, dass es falsch wäre, dem Risiko seine Faszination abzusprechen. Aber es wäre auch falsch, die Gefahren dieser Faszination und die Gefährlichkeit des Risikos als solchem zu verneinen. Sind die Risiken, mit denen unsere Gesellschaft heute zu leben hat, etwas Neues, Unbekanntes? Etwas Neues im Sinne von etwas Anderem, ja. Wenn wir aber bedenken, dass jede geschichtliche Epoche ihre eigenen Risiken gekannt hat, vor denen man sich nur wenig oder überhaupt nicht schützen konnte, so muss man die Frage verneinen. Möglicherweise steigen die Risiken in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, in Kriegszeiten, beim Überschreiten neuer Horizonte und in Übergangszeiten von einer Phase der Zivilisation in eine andere.

Sicher haben sich die Risiken exponentiell erhöht, als es sich nicht mehr um naturgegebene handelte, sondern um von Menschen geschaffene. Ein neues Risiko manifestiert sich bei der Bevölkerungsexplosion im Zusammenhang mit demographischen Entwicklungen (auch wenn es keinen Grund gibt, einem malthusianischen Pessimismus zu verfallen). Neu sind auch die Risiken, die mit unseren zunehmenden technischen Kenntnissen zusam-

menhängen, welche auch die Fähigkeit zu zerstören miteinschliessen und sich mit dem Wahn der Macht verbinden können.

Risiken üben eine besondere Art der Faszination aus, sie sind eine Quelle von weiteren Opportunitäten, die Voraussetzung von Erfindungen und des technologischen Fortschritts. Sie gehören mithin zur Kreativität, aber sie verunsichern uns auch und erwecken Gefühle wie Furcht und Unsicherheit.

Nicht alle Risiken offerieren jedoch Chancen, und es gibt keine Gewähr, dass sie nicht menschliches Leiden bewirken, das Leben und die Gesundheit gefährden oder gar den Fortbestand unserer Zivilisation in Frage stellen. Daher sind wir stets auf der Suche nach Sicherheit. Aber wie hoch darf diese Sicherheit sein, ohne dass gleichzeitig mit den Risiken auch der technologische Fortschritt zusammenbricht? Und ist es überhaupt möglich, eine absolute Sicherheit zu finden? Wie hoch ist die Zumutbarkeit von Risiken, und wie gross ist das unverzichtbare Minimum an Sicherheit? Gibt es Freiheit ohne Risiken?

Dies waren die Kernfragen unseres Kolloquiums, auch wenn in den Arbeitsgruppen eher die Aspekte der Sicherheitsvorkehrungen debattiert wurden im Einklang mit dem Thema «auf der Suche nach Sicherheit».

Genügen Gesetze für die Absicherung biologischer Risiken? Kommen sie nicht zu spät, und sind sie, wenn sie einmal erlassen sind, nicht zu starr, zu unflexibel, hemmen sie nicht den Fortschritt, ohne effektiv zur Sicherheit beizutragen? Die Schwachen, die sich nicht vor den Konsequenzen der sozialen und wirtschaftlichen Risiken schützen können, wie und wie weit sollten sie abgesichert werden? Es stehen hier gleichzeitig das Einfühlungsvermögen, die Gerechtigkeit, die finanziellen Mittel und Möglichkeiten, der Realitätssinn und das Verantwortungsbewusstsein

Zur umstehenden Abbildung: Ferdinand Hodler, Aufstieg und Absturz, 1894 (Detail) in einer fortschrittlichen Gemeinschaft zur Debatte. Geld allein gewährleistet noch keine Sicherheit, es birgt auch Gefahren. Wie kann man die Geldwirtschaft so gestalten und regeln, dass sie ihre wichtige Rolle erfüllt, aber nicht zum Entstehen schwerwiegender Krisen beiträgt?

Wie kann man sich vor geopolitischen Risiken schützen? Das Thema ist heute von besonderer Brisanz. Das Phänomen des Weltterrorismus hat eine neue Dimension in die Debatte gebracht. Und damit stellt sich die Frage, wie viel Freiheit allenfalls zu opfern sei, um den Terrorismus wirksam bekämpfen zu können, und wie viel effektive Sicherheit um diesen Preis tatsächlich hinzugewonnen würde. Hohe Werte wie *privacy*, Schutz der Persönlichkeit, Funktionieren der Demokratie und Aufrechterhaltung des Rechtsstaats sind Traktanden dieser Debatte.

Gibt uns die Religion die Sicherheit, die wir suchen, oder anders ausgedrückt, wie wird das Risiko des Glaubens mit der durch den Glauben vermittelten Gewissheit verbunden? Welche Prioritäten und Optionen ergeben sich daraus zumindest für Christen?

Ein Muslim, Spezialist für Fragen des Islamismus und Analytiker des Terrorismus, ein kompetenter Biologe (mit einer bewundernswerten Begabung für Rhetorik) und ein weltweit anerkannter Vorkämpfer für einen neuen Weltethos haben weitere Aspekte des Themas in Vorträgen erörtert und vertieft.

Beim Kolloquium 2001 zeigte sich – noch klarer als bei den vorangegangenen Kolloquien –, dass es keine allgemeingültigen, einfachen Rezepte geben kann. Der «Verein Zivilgesellschaft» hat aber, wie dies

Je besser die Kenntnisse der Probleme und je höher die Kompetenz beim Erkennen möglicher Lösungen sind, desto intelligenter und effizienter können die Massnahmen sein, welche im Einzelfall getroffen werden. schon wiederholt betont wurde, nicht den Zweck, konkrete Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Er ist vielmehr ein Forum, auf welchem in Kolloquien verschiedene Facetten von aktuellen und grundlegenden Fragestellungen ausgeleuchtet werden. Damit wird eine vertiefte Auseinandersetzung ermöglicht. Je besser die Kenntnisse der Probleme und je höher die Kompetenz beim Erkennen möglicher Lösungen sind, desto intelligenter und effizienter können die Massnahmen sein, welche im Einzelfall getroffen werden.

Vertiefte Kenntnisse und rational begründete Zweifel führen zu mehr Toleranz. In einer These der Arbeitsgruppe V «Religion als Sicherheit» heisst es: «Zur condition humaine gehört auch, dass menschliches Leben begrenzt und vergänglich, anfällig und verwundbar ist. Menschen sind von Geburt an zum Sterben bestimmt, nichts ist so gewiss wie der Tod. Aber gerade das, was mit grösster Sicherheit eintreten wird, ist gleichzeitig Quelle grösster Verunsicherung und Ängste: Alles Sein ist vom Nichtsein bedroht.»

Die alten Römer begegneten dieser Sicherheit mit der Maxime, dass das Leben ein Krieg sei, den wir alle verlieren werden, dass man aber jede Schlacht so schlagen müsse, als ob dieser Krieg zu gewinnen wäre. Wird der Mensch dereinst seinen Traum von der Unsterblichkeit verwirklichen? Wird es je zu einem «Age of spiritual machines» kommen, wie dies ein neuer Buchtitel verkündet? Oder ist vielleicht gerade dies das grösste Risiko? Es gilt aufzupassen auf die Löwen von morgen, aufzupassen auf das richtige Mass an Sicherheit. Aber die Faszination des menschlichen Abenteuers mit all seinen Risiken bleibt bestehen.

To summarise Hayek's message: Keep liberal thougt vibrant and relevant; recognise the importance of history; be principled and steadfast; avoid special interests; eschew politics and instead search for leverage; recognise the critical role of the intellectual; and be Utopian and believe in the power of ideas.

In: John Blundell, Waging the War of Ideas, Institute of Economic Affairs, London 2001, p. 37.



U. Cassani, R. Maag, M.A. Niggli (Hrsg./Eds.) Medien, Kriminalität und Justiz Médias, Criminalité et Justice 333 Seiten/br. (2001) ISBN 3 7253 0709 1 Fr. 55.10 / DM 64.50 / ÖS 468.–

«Gemeingefährliche» Straftäter

. und in Zukunft

die Wissensgesellschaft?



Lebensqualität und Sicherheit

Manuel Eisner

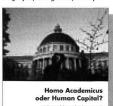
im Wohnquartier 100 Seiten/br. (2000)



St. Bauhofer, P.-H. Bolle, V. Dittmann (Hrsg./Eds.) «Gemeingefährliche» Straftäter Délinquants «dangereux» 350 Seiten/br. (2000) ISBN 3 7253 0670 2 Fr. 55.10 / DM 64.50 / ÖS 468.– H. Küng und R. Stamm 160 Seiten/br. (2001) ISBN 3 7253 0700 8 Fr. 32.70 / DM 38.20 / ÖS 278.–



Regula Fischer, Karl Weber Homo Academicus oder Human Capital? Evaluationsdiskurs und Evaluationspraxis an Schweizer Hochschulen 104 Seiten/br. (2001) ISBN 3 7253 0693 1 (NFP33) Fr. 32.70 / DM 38.20 / ÖS 278.–



Hans Georg Graf (Hrsg.) ... und in Zukunft die Wissensgesellschaft? Der Umgang mit Wissen im Entscheidungsprozess 134 Seiten/br. (2001) ISBN 3 7253 0705 9 Fr. 39.-/ DM 45.40 / ÖS 330.-Nationales forschungsprogramm • 33
Wirksamkeit unserer Bildenossysteme



Soziaiversicherungen in der Schweiz Ein Handbuch mit Fallbeispielen für unselbständig Erwerbende 2. aktualisierte Auflage ca. 300 Seiten/br. (Jan. 2002) ISBN 3 7253 0713 X Fr. 49.- / DM 57.40 / ÖS 416.-

Verlag Rüegger

www.rueggerverlag.ch info@rueggerverlag.ch

Wirtschaft **Politik** Soziologie Ökologie



Andreas Sturm, Mathis Wackernagel, Kaspar Müller Die Gewinner und die Verlierer im globalen Wettbewerb Warum Öko-Effizienz die Wettbewerbsfähigkeit stärkt: 44 Nationen im Test 80 Seiten/br. (1999) ISBN 3 7253 0653 2 Fr. 28.- / DM 32.80 / ÖS 237.-

Th. Bernauer, D. Ruloff (Hrsg.) Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung der Schweiz. Bundesverwaltung 364 Seiten/br. (2000) ISBN 3 7253 0657 5 (NFP42) Fr. 55.– / DM 64.50 / ÖS 468.–





Aviva R. Schnur Agieren oder Reagieren? Aussenpolitische Entscheidungsprozesse in Bundesrat und Bundesverwaltung 250 Seiten/br. (2000) ISBN 3 7253 0673 7 (NFP42) Fr. 47.- / DM 55.- / ÖS 399.-

Erika Schläppi, Walter Kälin Schweizerische Aussenwirt-schaftshilfe und Menschenrechtspolitik Konflikte und Konvergenzen 288 Seiten/br. (2001) ISBN 3 7253 0696 6 (NFP42) Fr. 48.- / DM 56.- / ÖS 406.-



Robert Nef

RISIKEN, BEABSICHTIGTE UND UNBEABSICHTIGTE FOLGEN

Bericht über eine Panel- und Plenardiskussion

«History is the result of human action, not of human design» (Ferguson).

«Gesellschaft schafft ihre eigenen Risiken» (Niklas Luhmann).

«Der Verlust der Angst vor der Hölle ist mit dem Verlust des Paradieses nicht zu teuer bezahlt.» (Hannah Arendt).

Das Panel wurde von der Gesprächsleiterin Helga Novotny mit zwei Fragen eröffnet. «Was gibt uns heute noch Sicherheit?» und «Wie können wir mit den unbeabsichtigten Folgen unseres Handelns als der Wurzel unserer Verunsicherung umgehen?». Für Georg Kohler gehört das Spannungsfeld von Sicherheit und Unsicherheit zur spezifisch menschlichen Konstellation. Der Mensch, als «das nicht angepasste Tier» (Nietzsche), reagiert auf Unsicherheit nicht ausschliesslich mit Angst, Wut oder Angriff, sondern auch mit der Möglichkeit einer rational bestimmten Wahl, einer Entscheidung, die Unsicherheit immer auch als Chance sieht. Für Bruno Gehrig ist dieser rationale Umgang mit Risiken nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern ganz generell im Leben zentral. Zum rationalen Umgang gehört die Auswertung des vorhandenen Datenmaterials, die Bereitschaft zum Lernen und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als Voraussetzung für jene Flexibilität, welche vor Überraschungen schützt. Franz Blankart hält Überraschungen für ein normales Lebensphänomen des Menschen, der - nach Sartre - «zur Freiheit verurteilt» ist. Zukunft kann immer nur bedingt vorausgesagt werden. Darin liegt aber auch eine Chance, denn «Sicherheit schläfert ein». Ungewissheit (incertitude) kann auch positiv und kreativ gesehen werden, aber die Unsicherheit (insecurité) aufgrund der Abwesenheit von Regeln wird nach der Meinung von Anne Petitpierre von der grossen Mehrheit zunächst als bedrohlich empfunden. Rechtsregeln und soziale Normen machen das Verhalten wenigstens zum Teil berechenbar. Diese Regeln müssen adaptierbar sein, aber nicht grenzenlos beliebig. Über-

lebenswichtige Limiten dürfen nicht überschritten werden. Im Verhältnis Wissenschaft/Gesellschaft verändert sich heute vieles sehr rasant, darum steht für Thomas Held der gemeinsame, etwas gelassenere Umgang mit Grossrisiken im Zentrum des Interesses. Die Komplexität der modernen Gesellschaft muss hier vermehrt auch als ein Schutz und nicht ausschliesslich als eine zusätzliche Bedrohung gesehen werden. Ein hochkomplexes System wie der Strassenverkehr wird nicht immer gefährlicher. Ein System von Regeln hat - statistisch nachweisbar - zu einer höheren Sicherheit geführt. Diese optimistische Sicht wird allerdings nicht von allen Panelisten geteilt.

In einer zweiten Runde thematisiert Georg Kohler die verschiedenen Kombinationen von Freiheit und Sicherheit. Die Formel «Freiheit versus Sicherheit» geht davon aus, dass man mehr Sicherheit auf Kosten von Freiheit produzieren kann. Bei Liberalen unbeliebt ist - so Kohler - die Formel «Freiheit durch Sicherheit». Aus dieser Sicht ist eine soziale Mindestabsicherung durch entsprechende Ansprüche an die Gesellschaft eine Voraussetzung zur Ausübung der Freiheit. Die dritte Formel ist «Freiheit und Sicherheit». Sie setzt auf eine Ordnungsmacht, welche law and order garantiert und negative insecurité in positive incertitude verwandelt. Anne Petitpierre sieht einen wesentlichen Unterschied in den Strategien, mit welchen die Menschen der Unsicherheit und der Ungewissheit begegnen. Die Regeln, mit denen wir die Unsicherheit eindämmen, können mehr oder weniger überzeugend sein, wenn sie erzwingbar sind, nennen wir sie «Recht». Gegenüber der Ungewissheit gibt es nur das Verfahren der kontrollierten Improvisation, eine dialektische Mischung von Freiheit und Intervention. Das «richtige Verhalten» ergibt sich hier in einem Dialog.

In der Plenardiskussion konfrontiert Guido von Castelberg das Auditorium mit vier Thesen: a) Es gibt Gott, b) es gibt den Tod, c) es gibt das Leiden, und d) es gibt Leute, die noch an das glauben. Letztere geben, wie Helga Novotny in Erinnerung ruft, in den USA sogar weitgehend den Ton an, wie in der Zeit nach dem 11. Sep-

Es gilt zu erkennen, dass es nicht nur eine Rationalität gibt.



Ferdinand Hodler, Aufstieg und Absturz, 1894 (Detail)

tember sichtbar und spürbar geworden ist. Die Auseinandersetzung mit dem Entscheid zur Glaubensgewissheit als Alternative zur Unsicherheit war Gegenstand der Schlussrunde im Panel. Für Georg Kohler führen Glaubensfragen zum polarisierenden Entweder/Oder; bzw. Gläubig/ Ungläubig. Die Erfahrung, die Europa nach den Glaubenskriegen, dem «Krieg aller gegen alle», gemacht hat, nämlich die Etablierung des konfessionell neutralen Staates, sollte heute weltweit als Vorstufe einer Art «Weltinnenpolitik» umgesetzt werden. Anne Petitpierre zweifelt daran, ob die politischen Reaktionen der USA nach dem 11. September wirklich rational gewesen seien. Die Rationalität wurde im nachhinein konstruiert. Nach Helga Novotny gilt es zu erkennen, dass es nicht nur

eine Rationalität gibt. In islamischen Ländern folgen die Reaktionen einer andern Rationalität als in den USA und in Europa. Für Franz Blankart ist es entscheidend, dass wir uns unter dem Eindruck von Terrorakten nicht zu Reaktionen hinreissen lassen, bei denen Grundwerte wie privacy preisgegeben werden. Eine Schlüsselrolle hat hier die Schule, denn «die Schule ist die Schule der Nation». Bruno Gehrig weist darauf hin, dass es in allen Religionen - auch im Islam - eine Mehr-

> heit von vernünftigen Menschen gibt, welche sich von Fanatikern abgrenzen, es wäre allerdings zu wünschen, dass sich die islamische Intelligenz hier noch eindeutiger äussert. Die ernsthafte Reflexion, welche nach den Terrorakten - auch über religiöse Fragen - einsetzt, hilft uns die «Spassgesellschaft» zu überwinden. Thomas Held unterstreicht die Bedeutung des Globalisierungsprozesses, der einen Schritt zur offenen Weltgesellschaft bedeutet. Keinesfalls dürfen uns die Terrorakte einen Rückfall in den Protektionismus bescheren. Der Stellenwert der Religion darf nicht unterschätzt werden. Immerhin waren bisher alle Versuche, die moderne,

selbstreflektierende Zivilisation wirksam und dauerhaft zu bekämpfen, trotz schrecklicher Kosten, nicht erfolgreich. Für Iso Camartin ist das Spannende an der Risikogesellschaft die Frage, ob sie letztlich ohne Kontrolle in «zweiter Instanz» (symbolisiert durch die Computertaste «Control») auskommt. Diese zweite Instanz kann durch eine «Totaldelegation» an Gott erfolgen, sie kann aber auch in einer rationalen Diskurspraxis gesucht werden, in einer Art Mitversicherung des Eigenen bei einer zweiten Instanz. Es gibt Bereiche, in denen die Individuen auf diese zweite Instanz verzichten wollen und vielleicht auch verzichten müssen, und dafür das volle Risiko für beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen übernehmen.

Gottfried Schatz,

geboren 1936 in Österreich, studierte Chemie an der Universität Graz (Promotion 1961). Er wirkte an der Universität Wien, am Public Health Research Institute der Stadt New York, an der Cornell Universität (Ithaca, USA) und am Biozentrum der Universität Basel. Gastprofessuren an der Harvard Universität und der Stanford Universität. Seit der Emeritierung (1999) ist er Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates, einem unabhängigen Beratergremium des Bundesrates.

Die wunderbare Unsicherheit unseres Genoms und der biologischen Evolution

Die Strukturaufklärung des menschlichen Genoms ist nicht nur eine wissenschaftliche Grosstat, sondern auch ein philosophisches Ereignis, das ohne die Werkzeuge der modernen Gentechnologie undenkbar wäre. Gentechnologie kann uns also nicht nur neue Medikamente, bessere Nahrungsmittel und grösseren Reichtum bescheren, sondern auch ein tieferes Wissen um uns selbst.

Am 26. Juni vorigen Jahres verkündeten Präsident Bill Clinton und Premierminister Tony Blair in einem gemeinsamen Fernsehauftritt, die chemische Struktur des gesamten menschlichen Genoms sei aufgeklärt. Ein Genom ist die Gesamtheit aller Erbanlagen einer Zelle, also alle ihre Gene, die in den fadenförmigen DNS-Molekülen niedergeschrieben sind.

So ganz stimmte die Ankündigung von Clinton und Blair nicht, denn die chemische Strukturaufklärung des menschlichen Genoms ist bis heute noch nicht ganz beendet, und zumindest einen Teil des verbleibenden Restes werden wir mit den heutigen Methoden gar nicht präzise analysieren können. Doch im Wesentlichen ist das Rennen beendet.

Ich möchte im Folgenden aufzeigen, wie die Biologie mit gentechnologischen Methoden in den vergangenen drei Jahrzehnten präzise Teilantworten auf uralte Fragen des Menschen gefunden hat. Fragen wie «Was ist Leben?» oder «Worin liegt die Würde eines Lebewesens?»

Biologen haben gefunden, dass belebte Materie unendlich viel komplexer ist als unbelebte Materie. Der Unterschied ist zwar nur quantitativ, aber so gewaltig, dass er im Prinzip die grundlegenden qualitativen Unterschiede zwischen unbelebter und belebter Materie erklären kann. Lebende Zellen sind die komplexeste Materie, die wir bisher im Weltall gefunden haben. Die «Komplexität» eines Objektes ist ein Mass für die Menge an Information, die für eine vollständige Beschreibung des Objekts nötig ist. Um die chemische Zusammensetzung eines einfachen Minerals in gedruckter Form zu beschreiben, braucht es vielleicht eine Buchseite. Die Information

zur Beschreibung einer lebenden Zelle ist je nach Zelltyp tausende- bis millionenmal grösser.

Die Menge an Information, mit der das Leben arbeitet, ist schwindelerregend. Beginnen wir mit einfachen Viren, die an der Grenze zwischen unbelebter und belebter Materie stehen. Sie haben keinen Stoffwechsel und sind deshalb keine Lebewesen, sondern im Wesentlichen wandernde Gene, die in lebende Zellen eindringen und sich in diesen vermehren können. Das Genom der einfachsten Viren ist gewöhnlich auf einem einzigen kleinen DNS-Ringmolekül gespeichert, enthält etwa zehn Gene und hätte in gedruckter Form auf einigen Buchseiten Platz. Ein Gen trägt normalerweise den Bauplan für ein bestimmtes Eiweiss, auch Protein genannt. Einfache Viren können also etwa 10 verschiedene Proteine produzieren.

Vom Bakterium zum Menschen

Die einfachsten wirklichen Lebewesen sind primitive Bakterien, die nur leben können, wenn sie sich an höher entwickelte Zellen anheften. Einer dieser Parasiten ist Mycoplasma genitalium. Sein Genom besteht aus 580 700 Buchstaben, entsprechend einem ganzen Buch. Dieses Buch beschreibt etwa 500 Gene, was bedeutet, dass dieser primitive Parasit etwa 500 verschiedene Proteine machen kann. Das ist nahe an der untersten theoretischen Grenze, denn die einfachste lebende Zelle, die wir uns aufgrund unseres biochemischen Wissens vorstellen können, sollte mindestens 250 verschiedene Proteine haben. Eine solche «Minimalzelle» haben wir allerdings in der Natur noch nicht gefunden. Wegen seiner geringen biologischen Information kann Mycoplasma genitalium viele seiner eigenen Zellbausteine nicht selbst fabrizieren und deshalb nicht frei leben. Selbst wenn es an der Oberfläche anderer Zellen lebt, braucht es stets alle eigenen Erbanlagen. Deshalb sind bei diesem einfachen Parasiten alle Zellen einer Population, wenn wir von seltenen Mutanten absehen, völlig identisch. Es gibt weder genetische Freiheitsgrade noch Individualität.

Auf der nächsthöheren Stufe des Lebens treffen wir frei lebende Bakterien. Deren Genom besteht aus etwa 4 Millionen Buchstaben, entsprechend 10 Büchern, in denen etwa 5000 Gene niedergeschrieben sind. Frei lebende Bakterien können also etwa 5000 verschiedene Proteine machen. Da einige dieser Proteine nachträglich noch durch Abspaltung einzelner Regionen oder durch Anheftung von Zuckern, Fettsäuren oder anderen chemischen Gruppierungen modifiziert werden können, ist die Zahl der verschiedenen Proteine in einer Bakterienzelle höher als die Zahl der Gene. Wie gross diese Diskrepanz zwischen Zahl der Gene und Zahl der verschiedenen Proteine ist, wissen wir noch nicht genau, doch hält sie sich wahrscheinlich in Grenzen. Wenn die Diskrepanz z. B. 50 Prozent wäre, könnten frei lebende Bakterien etwa 7000 bis 8000 verschiedene Proteine machen. Für ein unabhängiges Leben reicht selbst diese Information nur knapp aus, sodass auch bei frei lebenden Bakterien alle Zellen einer Population meist identisch sind. Aber nicht immer: Frei lebende Bakterien haben bereits einige Proteine, die sie nur unter bestimmten Bedingungen brauchen und durch chemische Veränderung an- oder abschalten können. Dies ermöglicht ihnen einfache ja/nein-Entscheide. So können diese Bakterien z. B. zu einem Nahrungsstoff hin- oder von einem Giftstoff wegschwimmen. Die molekularen Mechanismen dieser einfachen Entscheidungsprozesse ähneln in vieler Weise den viel komplexeren Schaltprozessen in unserem Gehirn. Bei frei lebenden Bakterien finden wir also bereits erste Anzeichen von Individualität.

Wenn wir jetzt den grossen Sprung von Bakterien zu uns selbst wagen, dann stehen wir geblendet vor dem Reichtum unseres biologischen Erbes. Unser Genom besteht aus nicht weniger als 3.2 Milliarden Lebende Zellen
sind die
komplexeste
Materie, die wir
bisher im
Weltall gefunden
haben.

Bei frei Iebenden Bakterien finden wir also bereits erste Anzeichen von Individualität.

.....

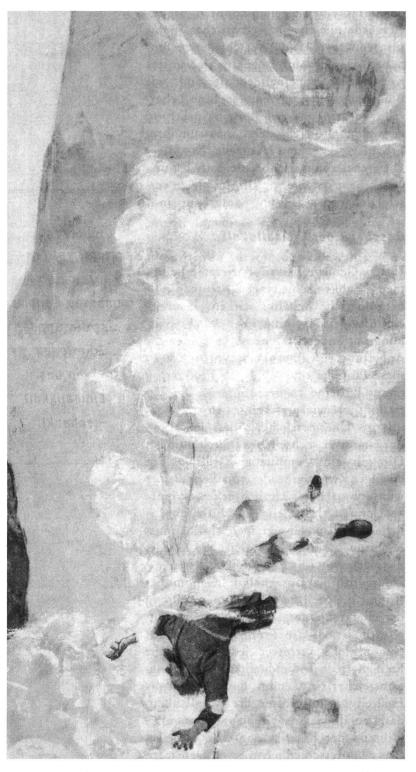
Buchstaben, entsprechend einer 50 Meter langen Bücherreihe. Es ist also tausendmal grösser als das Genom von Bakterien. Aber es ist auch viel rätselhafter. Wir können in ihm nur etwa 30000 bis 40000 Gene erkennen, also nur etwa 5-10-mal mehr als im tausendmal kleineren Genom von Bakterien. Zwischen unseren 30000 bis 40 000 Genen erstrecken sich endlos lange DNS-Abschnitte, die keine erkennbare Erbinformation tragen und mehr als 95 Prozent unseres Genoms ausmachen. Doch dies ist noch nicht alles. Jede unserer Körperzellen enthält zwei Exemplare dieser 50 Meter langen Bücherreihe, ein Exemplar von der Mutter und eines vom Vater. Wie dies bei so vielen Büchern nicht anders zu erwarten ist, unterscheiden sich diese zwei homologen Bibliotheken durch Zehntausende oder Hunderttausende von kleinen Schreibvarianten und Druckfehlern, den sogenannten Mutationen. Jede dieser Mutationen kann entweder die Eigenschaften oder die Menge eines Proteins verändern. Von vielen Proteinen haben wir also gleichzeitig zwei Varianten, eine mütterliche Variante und eine väterliche Variante.

Da auch in menschlichen Zellen die meisten Gene der Bauplan für ein bestimmtes Protein sind, erhöht sich die Zahl der verschiedenen Proteine, die unsere Körperzellen theoretisch machen können, auf etwa 70 000 bis 80 000.

Doch unsere Zellen können mehr. Sie können bei vielen Genen die Information auf verschiedene Arten abrufen: Sie können an verschiedenen Orten im Gen zu lesen beginnen, nur einzelne Stücke des Gens lesen, oder die abgelesene Information nachträglich verändern. In vielen Fällen dürften dabei die scheinbar sinnlosen Regionen beteiligt sein, die zwischen den typischen Genen liegen und diese meist auch noch im Inneren unterbrechen. Durch diese Tricks können unsere Zellen von einem Gen bis zu einem Dutzend verschiedene Proteine machen. Dazu kommt noch die Möglichkeit, dass sie, ebenso wie Bakterienzellen, diese Proteine durch Abspaltung oder Anheften chemischer Gruppen verändern können. In unseren Zellen gibt es mindestens 1000 Proteine, die keine andere Aufgabe haben, als andere Proteine durch Anheften von Phosphorsäuregruppen zu verändern! Die meisten dieser Veränderungen können wir trotz der vorhandenen Information über unser Genom noch nicht mit Sicherheit vorhersagen. Mit anderen Worten: Wir können unser Genom zwar lesen, verstehen aber den grössten Teil des Gelesenen noch nicht. Obwohl wir die chemische Struktur unseres Genoms kennen, wissen wir deshalb noch nicht, wie viele verschiedene Proteine unsere Zellen theoretisch machen können. Wahrscheinlich sind es mehrere Hunderttausend. Und dabei berücksichtige ich noch gar nicht die enorme Zahl verschiedener Antikörperproteine, welche die Zellen unseres Immunsystems machen, indem sie Teile des Genoms in schier unendlichen Variationen neu kombinieren oder auf andere Art verändern. Der Reichtum unseres Genoms liegt also nicht nur in seiner Grösse, sondern ebenso sehr in der Virtuosität, mit der unsere Zellen dieses Genom in vielen Variationen lesen können. Bakterien lesen ihr Genom; wir interpretieren unseres. Wir sind wie ein Musiker des 17. und 18. Jahrhunderts, der dank seiner Phantasie aus einem vorgegebenen Generalbass viele verschiedenartige Musikstücke hervorzaubern kann.

Zusammenspiel von Zellkern und Mitochondrien

Wenn wir vom menschlichen Genom sprechen, meinen wir fast immer nur das Genom, das in unserem Zellkern ist. Als junger Forscher half ich aber an der Entdeckung mit, dass wir noch ein zweites Genom besitzen, das nicht im Zellkern ist, sondern in den Verbrennungsmaschinen unserer Zellen, den sogenannten Mitochondrien. Jede unserer Zellen enthält in ihrem Inneren Hunderte bis Tausende dieser kleinen membranumhüllten Mitochondrien, die unsere Nahrung verbrennen, dabei Energie produzieren, und so als Kraftwerke unserer Zellen wirken. Im Gegensatz zum Genom des Zellkerns erben wir unser Mitochondrien-Genom nicht von beiden Eltern, sondern nur von der Mutter. Es hat zwar nur etwa 16 000 Buchstaben. Da aber eine Zelle bis zu tausend Mitochondrien haben kann und jedes Mitochondrion bis zu 50 Kopien dieses kleinen Genoms, kann eine Zelle viele Tausende Mitochondrien-Genome beherbergen. Wir wissen noch sehr wenig darü-



Ferdinand Hodler, Aufstieg und Absturz, 1894 (Detail)

ber, wie die Erbanlagen unserer Mitochondrien mit denen unseres Zellkerns zusammenspielen, aber es ist sicher, dass dieses Zusammenspiel sehr viele Kombinationen ermöglicht.

Die in unserem Genom niedergelegte Information ist so gross, dass unsere Zellen nur einen kleinen Teil davon zum nackten Überleben brauchen. Obwohl alle unsere Zellen das gleiche grosse Genom haben und Hunderttausende von verschiedenen Proteinen machen könnten, produziert jede nur ein für sie typisches Spektrum von etwa 10 000 verschiedenen Proteinen. Deshalb unterscheiden sich unsere Körperzellen voneinander, sie sind, wie Biologen sagen, differenziert. Eine Leberzelle hat ein anderes Protein-Spektrum, verwendet also ein anderes Spektrum ihrer Erbanlagen, als eine Hautzelle. Erst diese Differenzierung erlaubt die Entwicklung von Lebewesen wie wir, die aus vielen verschiedenartigen Zelltypen aufgebaut sind.

Geschenk der Einmaligkeit

Unsere Gehirnzellen produzieren eine immense Zahl verschiedener Proteine, die als neurologische Schalter wirken. Umwelteinflüsse wie Training oder Wechselwirkung mit anderen Menschen scheinen die Anheftung von Phosphorsäuregruppen an diese Proteine oder auch die Produktion dieser Proteine zu beeinflussen. Das Variationspotenzial unserer Zellen steigt damit ins Unermessliche, sodass jeder von uns ein unverwechselbares Individuum ist. Dies gilt selbst für eineiige Zwillinge. Ein eineiliger Zwillingsbruder von Boris Becker würde zwar Boris ähnlich sehen, könnte aber ohne weiteres ein eher durchschnittlicher Tennisspieler sein. Der Informationsreichtum unseres Genoms ist die Gnade, die jedem von uns Einmaligkeit schenkt.

Der Informationsgehalt des Genoms bestimmt die Stellung eines Organismus in der Hierarchie des Lebens. Nichts ist unerbittlicher als die Tyrannei des kleinen Genoms. Es verbietet jede biologische Freiheit, jede Individualität. Je informationsreicher ein Genom, desto grösser die Freiheit, desto grösser die Möglichkeit, dass zufällige oder geplante Ereignisse während der Entwicklung eines Lebewesens zu unterschiedlichen erwachsenen Individuen führen. Je informationsreicher ein Genom ist, desto grösser ist also die Möglichkeit zur Individualität. Für mich persönlich ist der Reichtum des Genoms ein wichtiger Teil der Würde eines Lebe-

Die blosse Grösse eines Genoms ist aber kein verlässliches Mass für den biologischen Informationsgehalt. Die Genome einiger Pflanzen und Amphibien haben wesentlich mehr Buchstaben als unser Genom, haben aber trotzdem nicht mehr, Der
Informationsreichtum
unseres Genoms
ist die Gnade,
die jedem
von uns
Einmaligkeit
schenkt.

sondern sehr wahrscheinlich weniger genetische Information. In diesen extrem grossen Genomen sind entweder lange Abschnitte verdoppelt, oder bis zu 99 Prozent der DNS ist ohne erkennbare genetische Information, oder eine Zelle speichert bis zu sechs Exemplare ihres ganzen Genoms. Eine Maus hat wahrscheinlich ungefähr gleich viel DNS und gleich viel Gene wie ich und ich glaube kaum, dass meine Überlegenheit gegenüber einem Schimpansen, falls sie überhaupt existiert, sich auf einige Schlüsselgene gründet, die mir grössere Vorhirnlappen, aufrechten Gang und eine differenzierte Sprache schenken. Wenn ich einen Schimpansen in seine Schranken verweisen möchte, kann ich mich nicht einfach mit der Zahl meiner Gene brüsten. Unser Genom hütet so manches Geheimnis, das wir noch ergründen müssen.

Chaostheorie - ein Anfang

Die Informationsfülle unseres Genoms hat hohe philosophische Brisanz. Sie eröffnet uns neue Möglichkeiten, um nachzudenken, wie unsere Individualität, Entscheidungsfreiheit und Würde mit der Tatsache vereinbar sind, dass jeder von uns letztlich eine biochemische Maschine ist. Diese intellektuelle Herausforderung hat viele grosse Denker beschäftigt, bis herauf zu Henri Bergson. Die Überlegungen dieser Denker haben heute viel von ihrer Überzeugungskraft verloren, denn keiner von ihnen konnte ahnen, wie komplex die Materie ist, aus der wir bestehen. Alle uns bekannten Naturgesetze gelten nur innerhalb bestimmter Grenzen; ausserhalb dieser Grenzen versagen sie. Newtons mechanische Gesetze, die Gesetze der Thermodynamik und selbst das Axiom der Kausalität versagen in der Welt subatomarer Teilchen oder im Bereich der Lichtgeschwindigkeit. Warum sollte Ähnliches nicht für unsere Zellen gelten, deren Komplexität so viel grösser ist als alles, was wir bisher gekannt haben? Es könnte durchaus sein, dass wir beim quantitativen Studium unserer Zellen neue Gesetze entdecken, die nur für hochkomplexe Systeme gelten. Die heutigen Ansätze zur Chaostheorie sind sicher nur ein Anfang. Wer weiss, wohin uns die Chaostheorien der kommenden Jahrhunderte noch führen werden?

Unsere Zellen sind so komplex, dass wir sie als Gesamtsystem mit unseren heutigen Methoden noch nicht präzise analysieren können. Wir Biologen stehen vor einer neuen verschlossenen Tür und keiner von uns weiss, was sie verbirgt.

Unsere Zellen tragen aber auch Information, die weder im Genom des Zellkerns noch im Genom der Mitochondrien zu finden ist. Diese Information ist nicht in DNS-Fäden niedergeschrieben, sondern in den Strukturen der Zelle, wie z. B. den Mitochondrien. Man kann diese Information nur verstehen, wenn man die Geschichte des Lebens auf unserer Erde kennt.

Reise in die Frühzeit des Lebens

Seien Sie herzlich willkommen im Jahre 4000 Millionen vor Christus und blicken Sie um sich. Unsere Erde ist erst 600-700 Millionen Jahre alt und deshalb noch viel aktiver und dramatischer als heute. Sie hat sich bereits genügend abgekühlt, sodass sich die ersten Meere gebildet haben, aber diese Meere sind noch viel wärmer als unsere heutigen. Die Atmosphäre hat noch kein Sauerstoffgas. Deshalb kann sich auch keine Ozonschicht bilden, welche die Erdoberfläche vor den Ultraviolettstrahlen der Sonne abschirmt. Durch die hohe Temperatur, durch die intensiven Ultraviolettstrahlen, durch die vielen aktiven Vulkane und durch gewaltige und häufige Gewitter haben sich während den vorausgegangenen Hunderten von Millionen Jahren aus Mineralstoffen, aus Wasser und aus den Gasen der Atmosphäre organische Substanzen gebildet und in den Meeren angereichert. Heute würden diese organischen Stoffe sehr schnell wieder durch Sauerstoff oder durch Bakterien und andere Lebewesen abgebaut werden. Aber wir sind im Jahr 4000 Millionen vor Christus, und es gibt auf unserer Erde weder Sauerstoffgas noch Leben. Die im Meer gelösten organischen Stoffe reagieren chemisch miteinander und bilden immer kompliziertere Substanzen.

Nach etwa 200 Millionen Jahren bilden sich dann aus diesen komplizierten Substanzen die ersten lebenden Zellen. Wie dies geschah, werden wir wohl nie mit Sicherheit wissen. Aber wir sind ziemlich sicher, dass sich diese ersten primitiven

Das noch junge Leben musste mit einer gewaltigen Energiekrise kämpfen.

Lebewesen von den organischen Stoffen ernährten, die es bereits in den Meeren gab. Der Stoffwechsel dieser ersten Lebewesen war wohl ähnlich wie der von heutigen Hefezellen, die in einem Weinfass Zucker zu Alkohol abbauen. Ebenso wie Hefezellen im Weinfass brauchten diese ersten Lebewesen kein Sauerstoffgas. Das war wichtig, denn es gab ja noch keines.

Als sich das Leben immer mehr ausbreitete, verbrauchte es die im Meer gelösten organischen Stoffe. Das noch junge Leben musste mit einer gewaltigen Energiekrise kämpfen. Wir wissen nicht genau, wann diese Krise eintrat, aber sehr wahrscheinlich starb ein grosser Teil der damaligen Lebewesen wieder aus.

Sonnenlicht als Energiequelle

Doch dann entwickelte sich ein Lebewesen, welches Sonnenlicht als Energiequelle verwenden konnte. Dies war wohl das wichtigste Ereignis in der Entwicklung des Lebens auf unserer Erde. Zum ersten Mal hatten lebende Zellen eine unbegrenzte Energiequelle zur Verfügung. Diese neuen Lebewesen vermehrten sich fast ungehemmt und überwucherten den Erdball. Noch heute, nach 3000 Millionen Jahren, finden wir ihre Spuren als gewaltige versteinerte Hügel in unseren Meeren.

Doch die nächste Katastrophe folgte bald. Die Verwendung von Sonnenlicht als Energiequelle setzte als Abfallprodukt Sauerstoffgas aus dem Meerwasser frei. Dieses Sauerstoffgas entwich aus dem Wasser in die Atmosphäre und reicherte sich dort langsam, aber stetig an. Sauerstoffgas ist aber für lebende Zellen ein Gift, weil es viele wichtige Zellbestandteile durch Oxidation zerstört. Durch diese globale Umweltverschmutzung mit giftigem Sauerstoffgas gab es wiederum eine ökologische Katastrophe: Die meisten Lebewesen, vielleicht mehr als 99 Prozent aller Arten, starben aus.

Einige wenige Lebewesen entwickelten jedoch Schutzmechanismen gegen Sauerstoffgas und konnten sich in der neuen Atmosphäre vermehren. Viele dieser Mechanismen schützen unsere Zellen noch heute, vor allem die Zellen in unserer Lunge. Das Leben erholte sich wieder und setzte seinen Siegeszug auf der Erde fort. Die Erdoberfläche war nun wieder voll von lebenden Zellen und von organischen Stoffen, die beim Tode dieser Zellen wieder freigesetzt wurden. Bald bestand ein Fünftel der Atmosphäre aus Sauerstoffgas, das zur Gänze von lebenden Zellen stammte.

Schliesslich entwickelten sich Zellen, die organische Stoffe mit Sauerstoffgas verbrannten und die dabei freiwerdende Energie zum Leben verwendeten. Die ersten atmenden Zellen waren entstanden. Diese atmenden Zellen waren also Parasiten, die vom organischen Abfall anderer Zellen lebten. Sie waren aber sehr erfolgreich, denn sie konnten auch in der Nacht wachsen und sich dort vermehren, wo es kein Sonnenlicht gab.

Vor 2000 bis 3000 Millionen Jahren gab es also auf unserer Erde drei Hauptarten von Lebewesen. Alle drei Arten waren das, was wir heute Bakterien nennen: Sie hatten nur ein kleines Genom und deshalb weder Individualität noch die Möglichkeit, komplizierte vielzellige Organismen zu bilden. Die erste Art dieser Lebewesen gewann Energie aus dem Sonnenlicht. Die zweite Art verbrannte oder, wie wir sagen, veratmete die Überreste dieser Lebewesen. Und die dritte Art konnte weder das eine noch das andere, sondern baute wie die ursprünglichen primitiven Lebewesen organische Stoffe ab, ohne dafür Sauerstoffgas zu benötigen. Diese dritte Art war wahrscheinlich zunächst wenig erfolgreich, weil sie eine veraltete Energieproduktion verwendete.

Erfolg einer zufälligen Symbiose

Doch gerade diesen rückschrittlichen Zellen der dritten Art gelang dann vor etwa 1500 Millionen Jahren ein Meisterstück: Sie fingen sich atmende Bakterien ein und hielten diese in ihrem Inneren gefangen. Die eingefangenen Bakterien produzierten nun für die Wirtszelle Energie durch Atmung. Als Gegenleistung bot die Wirtszelle den eingefangenen Bakterien eine schützende Umgebung. Diese Symbiose war offenbar für beide Partner von Vorteil. Der neue Zelltyp, der durch Verschmelzung zweier Lebewesen entstanden war und deshalb zwei Genome besass, vermehrte sich und konnte zum ersten Mal komplizierte vielzellige Pflanzen und Tiere bilden. Im Verlauf der folgenden 1500 Jede unserer Körperzellen ist also durch die Verschmelzung zweier unabhängiger Lebewesen entstanden.

Die in
unserem Genom
niedergelegte
Information ist
so gross,
dass unsere
Zellen nur einen
kleinen Teil
davon zum
nackten Überleben brauchen.

Millionen Jahre gewöhnten sich die eingefangenen atmenden Bakterien an ihre schützende Umgebung und gaben den grössten Teil ihres Genoms an das Genom der Wirtszelle ab. Deshalb konnten sie bald nicht mehr ausserhalb dieser Wirtszelle leben. Sie wurden zu den Verbrennungsmaschinen unserer Körperzellen, den Mitochondrien.

Jede unserer Körperzellen ist also durch die Verschmelzung zweier unabhängiger Lebewesen entstanden. Das kleine Genom unserer Mitochondrien ist der Rest, der vom Genom der einst frei lebenden und dann eingefangenen Bakterien noch übrig ist.

Als wir das kleine Genom der Mitochondrien entdeckten, fragten wir uns, warum es überhaupt existiert. Es gibt in der Tat keinen *logischen* Grund dafür. Heute wissen wir, dass der Grund *geschichtlich* ist. Eine rein zufällige Symbiose zweier Lebewesen war vor 1½ Milliarden Jahren erfolgreich und hat sich in modifizierter Form bis zum heutigen Tag erhalten.

Jetzt können Sie verstehen, weshalb unsere Mitochondrien auch genetische Information tragen, die nicht in der DNS ihres Genoms gespeichert ist. Die Mitochondrien unserer Zellen entstehen immer noch, ebenso wie ihre Bakterienvorfahren, nur durch Wachstum und Teilung bereits vorhandener Mitochondrien. Die Mitochondrien-Bausteine werden zwar in unserer Zelle aufgrund von Information produziert, die im Genom des Zellkerns und der Mitochondrien niedergeschrieben ist. Diese Bausteine können aber nur an einem bereits vorhandenen Mitochondrion korrekt zusammengebaut werden. Jedes Mitochondrion ist also eine Schablone oder Matrize. Ohne diese Matrize werden die Mitochondrien-Bausteine zwar fabriziert, irren aber ziellos in der Zelle umher und werden schliesslich wieder zerstört. Sollte also eine Zelle alle ihre Mitochondrien verlieren, könnte sie keine neuen mehr bilden und müsste sterben. Da jedes Mitochondrion eine Schablone oder Matrize ist, repräsentiert es strukturelle Information, die nicht in der DNS unserer Genome niedergeschrieben ist. Diese Schablonen-Information muss von Generation zu Generation vererbt werden, ist also genetische Information. Wie viel Schablonen-Information in den Strukturen der Mitochondrien liegt, ist schwer abzuschätzen. Sie ist aber für das Leben unserer Zellen genau so notwendig wie die, welche in den DNS-Fäden unserer beiden Genome gespeichert ist.

Stolz und Demut

Nichts ist am Menschen grossartiger als sein Wissen um die eigene Geschichte. Nie zuvor konnten wir so weit in diese zurückblicken wie jetzt. Die Dramatik dieser Geschichte übersteigt unsere Vorstellungskraft. Die lebendige Substanz ist auf unserem Planeten seit fast 4000 Millionen Jahren nie zur Ruhe gekommen. Unermüdlich experimentiert sie mit sich selbst, unermüdlich sucht sie neue Wege. Ihre Experimente sind oft kühn. Die meisten von ihnen sind Fehlschläge und führen entweder in biologische Sackgassen oder ökologische Katastrophen. Doch jede dieser

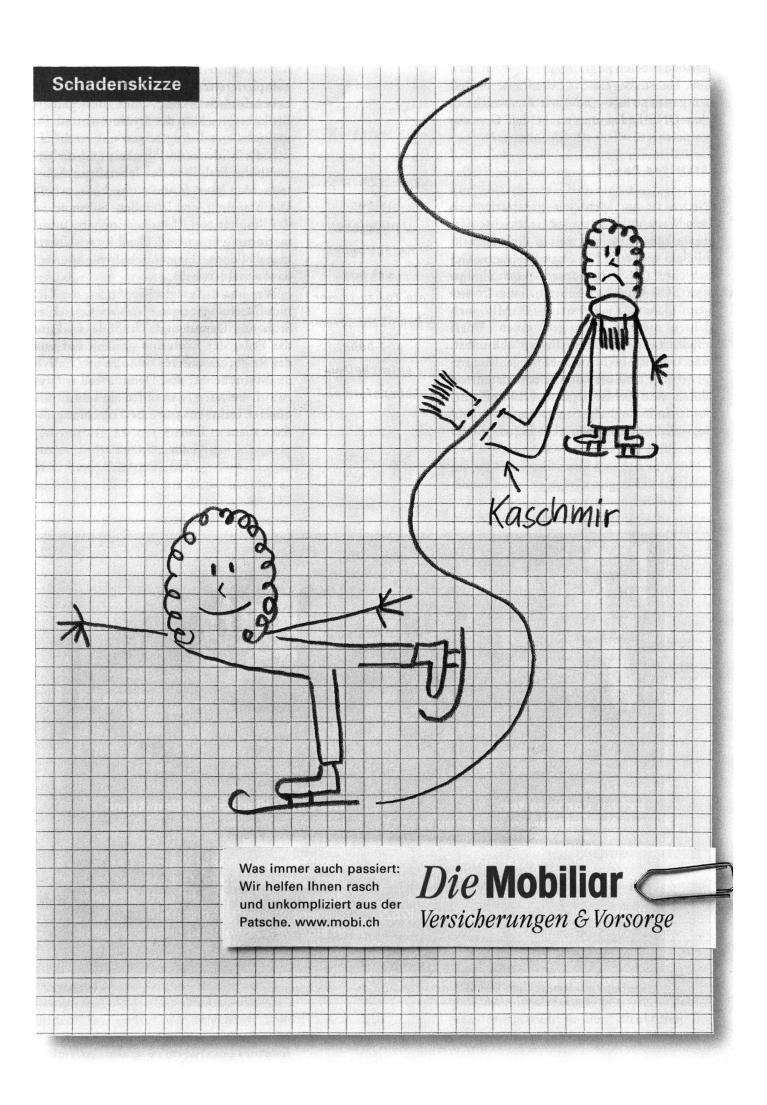
Jede dieser
Katastrophen
war nur
ein Tor zu immer
komplizierteren
und höher
entwickelten
Lebensformen.

Katastrophen war nur ein Tor zu immer komplizierteren und höher entwickelten Lebensformen. Die schier unbegrenzte Risikobereitschaft der Evolution und ihr spektakulärer Erfolg zeigen uns eindrücklich die Widerstandsfähigkeit und die dynamische Stabilität der lebendigen Substanz. Man kann es auch umgekehrt sehen: Die Stabilität der lebenden Substanz ist das Resultat von Risikobereitschaft, Informationsreichtum und Flexibilität. Unsere menschlichen Gemeinschaften könnten davon viel lernen!

Was uns die magischen Augen der Genomforschung zeigen, ist also Grund zu Stolz und Demut zugleich. Stolz, weil uns das Feuer der Evolution gestählt hat und der Reichtum unseres Genoms uns Individualität schenkt; und Demut, weil wir aus zwei Lebewesen entstanden sind und trotz unserer Individualität nur Teil eines grösseren Ganzen sind.

Hauptsachen





Khalid Durán

gibt in Washington die Zeitschrift «TransIslam Magazine» heraus und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Middle East Forum in Philadelphia. Publikationen: «Children of Abraham». An Introduction to Islam for Jews, Ktav Publishing House, Hoboken NJ, 2001; Michael Pohly/Khalid Durán, «Osama bin Laden und der internationale Terrorismus», Ullstein Taschenbuchverlag, München 2001.

.....

Wie gefährlich ist der Islamismus?

In Afghanistan ging der Taliban-Spuk sozusagen im Handumdrehen zu Ende. Selbst wenn es noch eine Weile dauern sollte, bis Osama Bin Laden gefangen oder getötet wird, seine «Terrorbasis» (Al-Qa'ida) ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Diese Entwicklung kann leicht zu Trugschlüssen verleiten, war doch seit den New Yorker Terroranschlägen vom 11. September der Eindruck entstanden, es handle sich bei Al-Qa'ida um die gefährlichsten Terroristen der Welt. Dabei wird übersehen, dass sich eines der effizientesten Terrornetzwerke im Iran befindet.

Bin Laden und seine Getreuen darf man mit guten Gründen auf dem Gebiet des Terrorismus als Amateure betrachten. Bevor es zu den - leider weitgehend «erfolgreichen» - Anschlägen vom 11. September kam, haben die Terroristen anhand von zahlreichen Versagern, deren Hintergrund wohl zu wenig ernst genommen wurde, immer wieder «geübt». Seither ist in Europa und Nordamerika viel von Bin Ladens «Schläfern» die Rede. Gemeint sind eingeschleuste Beauftragte, die jahrelang in der westlichen Umwelt wie normale Bürger leben, um dann eines Tages für terroristische Aktionen eingesetzt zu werden. Als man einige dieser Schläfer aufdeckte, wurde das System als eine Sensation vermarktet, als handle es sich um eine neue Erkenntnis.

Der Al-Qa'ida-Rummel liess ein viel solideres Terrornetzwerk fast in Vergessenheit geraten, nämlich das iranische. Khomeini hatte 1979 kaum die Macht angetreten, da begann seine «Islamische Republik» sogleich mit dem Aufbau eines weltweiten Terrorapparates. Zu spüren bekam das vor allem Frankreich, wo mehrere prominente iranische Oppositionelle ermordet wurden. Überhaupt beschränkten sich die von Teheran gesteuerten Terroristen erst einmal auf die Ermordung iranischer Exilpolitiker und deren Verbündete. 1982 fand in Genf eine Anhörung über Menschenrechtsverletzungen im Iran statt, zu der die Schweizer Liga für Menschenrechte einlud. Zu den Organisatoren gehörten im wesentlichen prominente Persönlichkeiten muslimischen Glaubens. Auf diese Weise sollte wohl der Eindruck vermieden werden, hier

handle es sich um eine anti-islamische Veranstaltung.

In den darauffolgenden Jahren wurden mehrere dieser muslimischen Menschenrechtler ermordet, beginnend mit dem algerischen Rechtsanwalt Ali Mecili, der im April 1987 vor seiner Pariser Wohnungstür tot aufgefunden wurde. Ein weiterer der Organisatoren jener Menschenrechtsanhörung, der iranische Autor und Rechtsanwalt Kazem Rajavi, wurde 1990 in Genf ermordet, und zwar nachweislich durch Personal der iranischen Botschaft. Ebenso der iranische Kurdenführer Abdol Rahman Qassemlou, der in seinem Wiener Hotel von Angehörigen der iranischen Botschaft umgebracht wurde.

Die Liste der weniger prominenten Opfer des Teheraner Regimeterrors in Europa und anderswo ist lang. Besonders zahlreich sind darunter Mitglieder der iranischen Widerstandsorganisation «Volksmudjahidin», von denen besonders viele in der Türkei von Schergen der Mullahherrschaft ermordet wurden. Hinzu kommen Übersetzer und Verleger des Buches Satanische Verse von Salman Rushdie. Diesbezügliche Anschläge fanden in Norwegen, Italien und Japan

Stosstrupps der Iranischen Revolution

Besonderes Aufsehen erregte die Ermordung iranischer Kurdenvertreter in Berlin anlässlich der Tagung der Sozialistischen Internationale. Der Organisator des Terrorkommandos, Husain Darabi, war den deutschen Sicherheitsbehörden als Chef des iranischen Geheimdienstes in Deutschland



Ferdinand Hodler, Aufstieg und Absturz, 1894 (Detail)

wohl bekannt. Beim Bundesverfassungsschutz glaubte man, es gäbe ein gentlemens agreement. Man wusste, dass Darabi und seine Mitarbeiter iranische Oppositionelle bespitzelten und liess sie gewähren in der Annahme, als Gegenleistung würden die Geheimdienstler der «Islamischen Republik» auf Gewalttaten verzichten, zumindest auf deutschem Boden.

Doch dann kam der unverfrorene Überfall auf die kurdischen Dissidenten, bei dem auch der Wirt des Berliner Restaurants Mykonos ums Leben kam. Bernd Schmidbauer, Deutschlands Sicherheitskoordinator, wurde wegen seiner versuchten Freundschaft mit dem Teheraner Kollegen Ali Fallahian scharf kritisiert, doch wollten Bonner Regierungskreise die Iraner nicht verprellen, aus Furcht, Teheran würde dann seine Schulden nicht begleichen, die sich inzwischen auf acht Milliarden DM beliefen. Hier kam es zu einem Zwist zwischen Entscheidungsträgern im Auswärtigen Amt und leitenden Beamten des Bundesverfassungsschutzes, die nun für eine härtere Gangart gegenüber den Vertretern der «Mullahkratie» plädierten.

Entwicklungen in anderen Erdteilen schienen die Skepsis der deutschen Verfassungsschützer zu bestätigen. In Buenos Aires war Teheran seit 1984 bemüht, eine Bonner Regierungskreise
wollten die
Iraner nicht
verprellen, aus
Furcht,
Teheran würde
dann seine
Schulden nicht
begleichen.

lokale Hizbullah («Gottespartei») aufzubauen. Der Name Hizbullah wird generell mit dem Libanon assoziiert. Dadurch wird übersehen, dass es sich um eine Art «generischer» Begriff handelt. Der Ausdruck «Hizbullah» stammt aus dem Koran und wird von Khomeinis Anhängern für sich in Anspruch genommen. Wo immer in der Welt eine Gruppe von Khomeini-Begeisterten sich zusammenfindet, hat man eine Hizbullah, einen Stosstrupp der «Islamischen Revolution.» Die libanesische Hizbullah wurde deshalb so bekannt, weil ihre Entstehung mit dem allgemeinen Aufbegehren der Schiiten im Libanon zusammenfiel, die zur stärksten Einzelgruppe unter den zahlreichen Konfessionen des Landes geworden waren. Anfangs hatte die Hizbullah es schwer, sich gegen eine von Iran weitgehend unabhängige «nationale» Schiitenbewegung zu behaupten, genannt Amal («Hoffnung»). Iran entsandte «Revolutionswächter», um der Hizbullah zum Sieg zu verhelfen.

Schiitische Einwanderer

In amerikanischen Staaten gibt es mehrere Millionen Menschen libanesischer Herkunft, allein mehr als zwei Millionen in Argentinien. Die grosse Mehrzahl ist christlichen Glaubens, doch gibt es auch Schiiten unter ihnen, und deren Zahl ist seit den Sechzigerjahren stark angestiegen. Unter den Einwanderern der Siebzigerjahre überwogen sogar die Schiiten. Diese liessen sich mit Vorliebe im Dreiländereck (Argentinien/Brasilien/Paraguay) nieder, nahe dem berühmten Wasserfall von Iguassú, das zu einem Schmugglerparadies wurde.

Die «Islamische Republik» entsandte «Geistliche» und «Politkommissare» an die schiitische Moschee in Buenos Aires, um hier eine schlagkräftige Hizbullah aufzubauen, ein Vorgang, der 1986 abgeschlossen schien. Zahlreiche Warnungen, dass diese Entwicklung zu Gewaltaktionen führen würde, blieben unbeachtet. 1987 kam es dann zum Anschlag auf die israelische Botschaft, mit zahlreichen Todesopfern in einem benachbarten Kindergarten. 1994 explodierte eine Autobombe vor dem jüdischen Altersheim in Buenos Aires. Der Anschlag führte zum Tod von 98 Bewohnern des Gemeindezentrums. An Hinweisen auf eine iranische Verstrickung in die Terrorakte fehlte es nicht, doch waren offensichtlich auch argentinische Rechtsextremisten beteiligt, und das führte zu einem Hin- und Herschieben der Schuld – mal waren es die Iraner, mal waren es die caras pintadas (rechtsextreme Offizierskreise). Auch hier spielten etliche politische und wirtschaftliche Motive eine Rolle, die eine offizielle und abschliessende Aufklärung der Terrorakte verhinderten.

Entscheidend ist, dass die Khomeinisten sehr geschickt mit Extremistenkreisen verschiedenster Provenienz zusammenarbeiten. So haben sie z. B. Verbindungsleute unter den Peronisten, Argentiniens stärkster Partei. Dabei handelt es sich um junge Argentinier libanesisch-schiitischer Herkunft. In Italien gibt es unter Berlusconis Gefolgschaft Iranbegeisterte, denen eine gemeinsame antiamerikanische Front von europäischen Nationalisten und Khomeini-Islamisten vorschwebt.

Die grosse libanesische Gemeinde entlang der Küste Westafrikas war stets mehrheitlich schiitisch. Als in den Neunzigerjahren mehr und mehr von dort vertrieben wurden, besonders aus Liberia und Sierra Leone, konnten sie in der alten Heimat nicht Fuss fassen, weil die Hizbullah versuchte, sie für das internationale Terrornetzwerk Irans zwangsweise zu rekrutieren. Rekrutiert wurde auch unter den rund zwei Millionen afghanischen Flüchtlingen in Iran, von denen fast die Hälfte Schiiten sind.

Teherans Sendboten waren aber auch unter rein sunnitischen Bevölkerungen erfolgreich, wie etwa in Algerien und Nigeria. Es sind jeweils die radikalsten unter den Extremisten, die sich der «Linie des Imam (Khomeini)» verschreiben. Religion ist für sie allein eine Frage der Identität, ansonsten sind sie durch und durch politisch, Verfechter einer antiwestlichen, und speziell antiamerikanischen Revolution, bereit zu jeder Gewalttat. Die Skala des Extremismus unter den Islamisten ist ein faszinierendes Phänomen an sich, zumal ja viele vor allem darum bemüht zu sein scheinen, radikaler als alle anderen Gesinnungsgenossen zu erscheinen. Osama Bin Laden mit seiner Al-Qa'ida hatte es geschafft, eine Spitzenposition des Extremismus einzunehmen. Über ihnen stand nur noch die iranische Position.

Unter den «arabischen Afghanen» verschrieben sich mehrere der Lehre KhomeiDie proiranischen Gruppierungen akzeptieren
ganz einfach
Khomeinis Lehre
von der
Priorität des
«Islamischen
Staates» und
der «Islamischen
Revolution.»

nis. In ihren Augen war Osama Bin Laden ein undisziplinierter Abenteurer, letztlich doch ein Stümper, der nicht ohne theologische Rechtfertigungen für seinen Terror auskommt. Die proiranischen Gruppierungen akzeptieren ganz einfach Khomeinis Lehre von der Priorität des «Islamischen Staates» und der «Islamischen Revolution.» Diese Priorität setzt sogar den Koran ausser Kraft, und mit solchen Vorstellungen konnte selbst Bin Laden nicht mithalten.

Trügerische Hoffnungen

Seit dem Machtantritt von Mohammed Khatami als Präsident Irans ist viel die Rede von Reformen und einer allgemeinen Liberalisierung. Dabei wird übersehen, dass es sich hier um eine periodische Hoffnungsmache handelt, mit der sich die «Mullahkratie» immer wieder erfolgreich über Wasser gehalten hat. Als vor zehn Jahren Hashemi Rafsandjani Präsident wurde, sah es kaum anders aus. Auch er wurde als Kandidat der Jugend und der Frauen gefeiert, als Pragmatiker. Das Regime werde sich von innen her reformieren, hiess es schon damals, im Iran sei eine neue Ära angebrochen, mit dem Export der Revolution sei es vorbei.

Wenige Jahre später musste der Iran-Experte Patrick Clawson jedoch feststellen, dass vom iranischen Staat ausgehende Terroraktionen seit dem Amtsantritt Rafsandjanis noch zugenommen hatten. Teheran blieb dann auch auf der vom amerikanischen Aussenministerium eingerichteten Liste der den Terrorismus fördernden Staaten. Die Hofierung Khatamis als neue Hoffnung für den Iran führte später zu einer Absurdität sondergleichen, insofern als Aussenministerin Madeleine Albright nun die wichtigste Oppositionsgruppe, nämlich den «Nationalen Widerstandsrat Irans», auf die Liste der Terroristenorganisationen setzte. Das geschah in der Annahme, damit in Teheran Freunde gewinnen zu können. Tatsächlich ist die «Mullahkratie» über die zunehmende Popularität des «Nationalen Widerstandsrats» zutiefst besorgt, doch verlangen die Khomeinisten natürlich eine Unterbindung jeglicher Tätigkeit der iranischen Opposition in den USA.

Indem Madeleine Albright den «Nationalen Widerstandsrat» auf die Liste der Terroristenorganisationen setzen liess, diskreditierte sie lediglich die Liste, denn die Bewertung geschah ja nicht, weil man den «Nationalen Widerstandsrat» tatsächlich als terroristisch befunden hätte, sondern aus einem aussenpolitischen Kalkül heraus. Nun befindet sich gewissermassen die gesamte iranische Nation auf der Terrorismusliste, Regierung und Opposition, ein einmaliger Fall. In Washington ist diese Absurdität vielen Abgeordneten peinlich, und es gibt bereits eine Mehrheit, die für eine Rehabilitierung des «Nationalen Widerstandsrats» eintritt. Doch die bürokratischen Mühlen mahlen langsam.

Gefahrenherd Teheran

Iran richtete frühzeitig ein umfassendes Netzwerk von «Schläfern» ein, und zwar sind viele von diesen, wenn nicht gar die meisten, Nicht-Iraner, also meist Einheimische in den betreffenden Staaten, aber auch Nordafrikaner in Frankreich, Türken in Deutschland. Während in den USA der Allgemein-Islam Anhänger hauptsächlich unter Schwarzamerikanern fand, gewann Khomeinis Islamismus etliche weisse Konvertiten, darunter sogar ehemalige Marines. Unter Konvertiten zum Khomeini-Islamismus finden sich sowohl Rechts- als auch Linksradikale. Manche sind als Propagandisten aktiv, andere leben versteckt als «Schläfer». Sollte die «Islamische Republik» sich eines Tages von aussen ernsthaft bedroht fühlen, dann könnte dieses weltweite Netzwerk in Aktion treten und durch wohlvorbereitete Terroranschläge katastrophale Verheerungen anrichten.

Nun besteht allerdings wenig Aussicht auf eine Bedrohung des Regimes von aussen. Dagegen nahm im Herbst 2001 die Zahl lokaler Aufstände im Iran stark zu. Die Tatsache, dass die ganze Welt gebannt auf das Nachbarland Afghanistan schaute, kam dem Regime sehr zustatten, insofern als kaum jemand zur Kenntnis nahm, mit welcher Brutalität Volkserhebungen in Iran niedergeschlagen wurden. Im Gegenteil, Teheran wurde sogar hofiert, als erwünschter Partner für die Anti-Taliban-Allianz. Bei der zu erwartenden Verschärfung der Kämpfe innerhalb des Irans besteht immerhin die Möglichkeit, dass die eine oder andere Fraktion mit dem Argument zu Vorerst bietet
jedoch die
«Islamische
Republik» den
radikalsten
Exponenten aus
aller Welt
Unterschlupf.

operieren beginnt, die Schwierigkeiten seien von dieser oder jener ausländischen Macht erzeugt. In einem solchen Fall ist es sogar wahrscheinlich, dass der vermeintliche Gegner Teherans terroristischen Arm zu spüren bekommt.

Sollte die «Mullahkratie» zusammenbrechen und durch einen demokratischen Iran ersetzt werden, dann könnten sehr wohl einige der vielen vom Regime angelegten Terrorzellen auf eigene Faust zu agieren beginnen. Manche werden dann meinen, für den im Iran zerstörten Gottesstaat Rache nehmen zu müssen. Mit Sicherheit werden einige den Gottesstaat anderswo wieder errichten wollen. An Motivation und Stosskraft für die aufgescheuchten «Schläfer» soll es nicht fehlen. Gewiss werden viele dem Netzwerk sang- und klanglos verloren gehen, doch das gigantische Gebilde wird so ganz ohne Nachklänge nicht einfach verschwinden.

Vorerst bietet jedoch die «Islamische Republik» den radikalsten Exponenten aus aller Welt Unterschlupf. Unter den Taliban geriet Afghanistan in den Verruf, Zufluchtsort der wildesten Extremisten zu sein, was im wesentlichen Bin Laden und seiner Qa'ida zu verdanken war. Darüber wurde übersehen, dass etliche der sogenannten «arabischen Afghanen» schon längst in Iran eine zweite Heimat gefunden haben. Auch Afghanistans Hekmatyar, einst der starke Mann des islamistischen Widerstandes, lebt seit 1996 im Iran. Früher war er der Kandidat des militärischen Sicherheitsdienstes der Pakistaner, doch erwies er sich als zu extrem und wurde fallengelassen. Vor dem Aufkommen der Taliban hatte Hekmatyar versucht, Kabul einzunehmen. Als ihm dies nicht gelang, belegte er die afghanische Hauptstadt mit Raketenbeschuss. Unter den Städten der Welt ist Kabul das schlimmste Trümmerfeld, nicht wegen der Amerikaner, sondern wegen Hekmatyar. Heute droht er im iranischen Exil, in Afghanistan einen Befreiungskrieg gegen die Amerikaner einzuleiten.

Dieses Beispiel zeigt, zu welch extremer Haltung das Regime in Teheran fähig ist. 1998 kam es zwischen der «Islamischen Republik» und den Taliban fast zum Krieg, doch 2001 hätte Taliban-Chef *Mullah Omar* fast in Iran Zuflucht gefunden. •

Hans Küng,

geboren 1928 in Sursee (Schweiz). Seit 1963 Professor der dogmatischen und ökumenischen Theologie und Direktor des Instituts für ökumenische Forschung; seit 1980 fakultätsunabhängig. 1996 emeritiert, 1979 entzog das Römische Lehramt Küng das Recht, als katholischer Theologe zu lehren. Besonders seine Kritik an der «Unfehlbarkeit» des Papstes, seine Vorschläge für eine Reformierung der katholischen Kirche sowie sein Christusbild waren beanstandet worden. 1995 gründete Küng die «Stiftung Weltethos» in Tübingen. Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen gehören: Existiert Gott? (1978); Ewiges Leben? (1982); Freud und die Zukunft der Religion (1987); Theologie im Aufbruch (1987); Projekt Weltethos (1990); Das Judentum (1991); Credo (1992); Das Christentum. Wesen und Geschichte (1994); Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft (1997).

.....

Weltsicherheit und Weltethos

Risikogesellschaft – auf der Suche nach Sicherheit: Zu diesem Thema lassen sich alle möglichen Aspekte der Sicherheit behandeln: biologische, soziale, finanzielle, geopolitische und religiöse Sicherheit. Was für mich als Theologe zunächst zweierlei bedeutet, dass ich weder die Fachkompetenz anderer Disziplinen beanspruche, noch so rede, wie eigentlich Theologen gerade nicht reden sollten: «Vom Himmel hoch, da komm ich her.» Es geht im Folgenden weder um den metaphysischen noch um den physischen Himmel, sondern um unsere Erde. Meine Ausführungen befinden sich auf der Schnittlinie von Geopolitik und Religion, mehr konzentriert auf die äussere, aber doch zielend auf die innere Sicherheit, was aufs engste verbunden ist mit den Diskussionen zum «Dialog der Kulturen» während der Uno-Vollversammlung am 8.-9. November 2001 und meinem Statement zum Weltethos vor diesem Gremium.

Das überholte Paradigma unsicherer internationaler Beziehungen

Drei realsymbolische Daten signalisieren – bei aller Fragwürdigkeit der Kalenderchronologie - das langsame und mühselig sich durchsetzende neue Paradigma internationaler Beziehungen: Ankündigung (1918), Realisierung (1945) und schliesslich Durchbruch (1989).

1918: Ende des Ersten Weltkriegs mit einer Bilanz von gegen 10 Millionen Toten. Kollaps des Deutschen Kaiserreiches, des Habsburgerreiches, des Zarenreiches, des Osmanischen, zuvor schon des chinesischen Kaiserreiches. Die Folgen: die amerikanischen Truppen auf europäischem Boden und die Heraufkunft des Sowjetimperiums. Das ist der Anfang vom Ende des eurozentrisch-imperialistischen Paradigmas der Moderne und der Beginn eines noch nicht definierten, aber doch von den Weitsichtigen anvisierten neuen Paradigmas. Es wurde von den USA vorgeschlagen: Mit seinen «14 Punkten» wollte Präsident Wilson einen «Gerechtigkeitsfrieden» und die «Selbstbestimmung der Völker»

ohne Annexionen und Reparationsforderungen erreichen. Aber das «Versailles» Clémenceaus und Lloyd Georges' hat die Realisierung des neuen Paradigmas verhindert: statt Gerechtigkeitsfrieden ein Diktatfrieden ohne die Beteiligung der Besiegten. Die Folgen sind bekannt: Faschismus und Nazismus (sekundiert in Fernost vom japanischen Militarismus) sind die katastrophalen reaktionären Fehlentwicklungen, die zwei Jahrzehnte später zum Zweiten Weltkrieg führen, der schlimmer ist als alles bisher in der Weltgeschichte Dagewesene.

1945: Ende des Zweiten Weltkriegs mit einer Bilanz von gegen 50 Millionen Toten und weiterer Millionen Vertriebener. Faschismus und Nazismus erledigt, der Sowjetkommunismus nach aussen stärker denn je, aber innerlich aufgrund der stalinistischen Politik politisch-wirtschaftlichsozial bereits in der Krise. Wieder geht die Initiative für ein neues Paradigma von den USA aus: 1945 Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco und das Bretton-Woods-Abkommen zur Neuordnung der Weltwirtschaft, dann die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948, weiter die amerikanische Wirtschaftshilfe für den Aufbau Europas und dessen Einbezug in ein Freihandelssystem. Aber der Stalinismus hat dieses neue Paradigma in seinem Einflussbereich blockiert und zur Teilung der Welt in Ost und West geführt.

1989: Die erfolgreiche friedliche Revolution in Osteuropa und der Kollaps des Sowjetkommunismus. Nach dem Golfkrieg wieder ein amerikanischer Präsident, der ein neues Paradigma, «a New World Order», ankündigt und mit dieser Parole enthusiastische Aufnahme in der Welt findet. Aber im Gegensatz zu seinem Vorgänger Wilson hatte Präsident George Bush sen. keine Ahnung, wie dieses «vision thing» aussehen sollte. Und insofern stellt sich nun die Frage: Haben wir im vergangenen Jahrzehnt die Chance eines neuen Paradigmas erneut verpasst?

Nein, das ist meine Überzeugung nicht. Darf man doch im 20. Jahrhundert trotz der Kriege, Massaker und Flüchtlingsströme, trotz des Archipel Gulag, des Holocausts und der Atombombe manche Veränderungen zum Besseren nicht übersehen. Über die zahllosen grandiosen wissenschaftlich-technologischen Errungenschaften hinaus können sich die schon nach 1918 zu einer neuen nachmodernen Gesamtkonstellation drängenden Bewegungen nach 1945 durchsetzen: Friedensbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung, Ökumenebewegung: eine neue Einstellung zu Krieg und Abrüstung, zur Partnerschaft von Mann und Frau, zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, zu den christlichen Konfessionen und den Weltreligionen. Und nach 1989, nach dem Zusammenbruch der gewaltsamen Zweiteilung der Welt in West und Ost und der definitiven Entzauberung der evolutionären ebenso wie der revolutionären Fortschrittsideologie zeichnen sich nun konkrete Möglichkeiten einer befriedeten und kooperierenden Welt ab: anders als die europäische Moderne nicht mehr eurozentrisch, sondern polyzentrisch, bei allen ungeheuren Defiziten und Konflikten im Prinzip doch postimperialistisch und postkolonialistisch, mit den Idealen einer ökosozialen Marktwirtschaft und wahrhaft vereinter Nationen.

Vor allem die in den letzten hundert Jahren herrschenden politischen Orientierungen haben abgewirtschaftet:

- Dem Imperialismus fehlt nach der Dekolonisierung der weltpolitische Spielraum.
- Der Rassismus, eine konsequente Politik der Rassenprivilegierung und Rassendiskriminierung, ist seit dem Ende des südafrikanischen Apartheidregimes in keinem Staat mehr die explizite politische Strategie.
- Der Nationalismus ist in den westeuropäischen Ursprungsländern zum Unwort geworden und wird ersetzt für viele durch die «europäische Integration»¹.

Während die afrikanische, asiatische und islamische Welt weiterhin von traditioneller nationaler Machtpolitik bestimmt ist, registrieren aufmerksame Politikwissenschaftler in den westeuropäischen Ursprungsländern von Imperialismus, Nationalismus und Rassismus, welche die Grosszahl der Kriege, besonders die beiden Weltkriege, verursacht haben, einen Paradigmenwechsel: weg von der mit den beiden Weltkriegen klar gescheiterten kon-

Es zeichnen sich nun konkrete Möglichkeiten einer befriedeten und kooperierenden Welt ab.

- 1 Vgl. D. Senghaas, Politische Rahmenbedingungen für ein Weltethos, in: H. Küng / K. J. Kuschel, Wissenschaft und Weltethos, München 1998, S. 141 f.
- 2 Vgl. F. Pfetsch, Warum war das 20. Jahrhundert kriegerisch? Manuskript. Vortrag vom 26. November 2000 im Südwestrundfunk.
- 3 Dieser am 9. November 2001 nach zweitägiger Diskussion einstimmig von der Uno-Vollversammlung angenommene Bericht «Crossing the Devide» findet sich im Internet unter: www.un.org; dt.: Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen, Fischer Verlag, Frankfurt 2001.

frontativen nationalen Macht- und Prestigepolitik, die unter Umständen mit militärischen Mitteln ausgetragen wird, hin zu einem neuartigen gemeinsamen Politikmodell der regionalen Kooperation und Integration, welche jahrhundertelange Gegensätze friedlich zu überwinden vermochte². Das Resultat nicht nur in der EU, sondern im ganzen Bereich der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development, 1948 bzw. 1960 gegründet), also der westlichen Industriestaaten (neben den Europäern vor allem die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan) ist ein halbes Jahrhundert des Demokratiefriedens. Wahrhaftig: ein gelungener Paradigmenwechsel!

Das neue Paradigma internationaler Beziehungen und seine ethischen Voraussetzungen

Für das neue Paradigma der internationalen Beziehungen habe ich in den intensiven Diskussionen der kleinen internationalen Expertengruppe, die von UN-Generalsekretär Kofi Annan für das UN-Jahr 2001 «Dialog der Kulturen» berufen wurde, manche Anregung und Bestätigung bekommen. Sie hat fast genau vier Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September ihren Bericht «Crossing the Divide» («Brücken in die Zukunft»³) in New York der UN-Vollversammlung vorgestellt.

Nach dem neuen Paradigma tritt anstelle der neuzeitlichen nationalen Interessen-, Macht- und Prestigepolitik eine Politik regionaler Versöhnung, Verständigung und Annäherung. Dies erfordert im konkreten politischen Handeln statt der früheren Konfrontation, Aggression und Revanche wechselseitige Kooperation, Kompromiss und Integration.

Diese neue politische Gesamtkonstellation setzt offenkundig eine Mentalitätsveränderung voraus, die weit über die Tagespolitik hinausgeht:

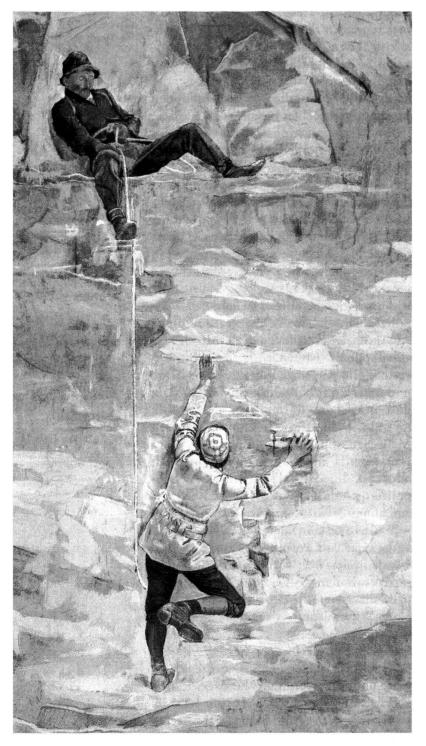
- Neue Organisationen reichen dafür nicht aus, es braucht eine neue Denkart (mind-set).
- Nationale, ethnische, religiöse Verschiedenheit darf nicht mehr grundsätzlich als Bedrohung verstanden werden, sondern als zumindest mögliche Bereicherung.

- Während das alte Paradigma immer einen Feind, gar Erbfeind voraussetzte, braucht das neue Paradigma keinen Feind mehr, wohl aber Partner, Konkurrenten und oft auch Opponenten, statt militärischer Konfrontation wirtschaftlichen Wettbewerb; denn es hat sich gezeigt, dass die nationale Wohlfahrt auf die Dauer nicht durch Krieg, sondern nur durch Frieden befördert wird, nicht im Gegen- oder Nebeneinander, sondern im Miteinander. Und weil die nun einmal bestehenden verschiedenen Interessen im Miteinander befriedigt werden, ist eine Politik möglich, die nicht mehr ein Null-Summen-Spiel ist, bei welcher der eine auf Kosten des anderen gewinnt, sondern ein Positiv-Summen-Spiel, bei dem alle gewinnen.

Natürlich ist Politik im neuen Paradigma nicht einfach leichter geworden, sondern bleibt - die jetzt freilich gewaltfreie – «Kunst des Möglichen». Wenn sie funktionieren soll, kann sie sich nicht auf einen «postmodernistischen» Beliebigkeitspluralismus gründen. Vielmehr setzt sie einen gesellschaftlichen Konsens bezüglich bestimmter Grundwerte, Grundrechte und Grundpflichten voraus. Dieser gesellschaftliche Grundkonsens muss von allen gesellschaftlichen Gruppen mitgetragen werden, von Glaubenden wie Nichtglaubenden, von den Angehörigen der verschiedenen Religionen wie Philosophien oder Ideologien.

Mit anderen Worten: Dieser gesellschaftliche Konsens, den ein demokratisches System nicht erzwingen darf, sondern voraussetzen muss, meint kein gemeinsames ethisches System (Ethik, ethics), wohl aber einen gemeinsamen Grundbestand an Werten und Massstäben, Rechten und Pflichten, ein gemeinsames Ethos (ethic): ein Menschheitsethos also. Ein Weltethos (global ethic), das nicht eine neue Ideologie oder «Superstruktur» ist, sondern die gemeinsamen religiös-philosophischen Ressourcen der Menschheit bündelt, die nicht gesetzlich auferlegt, sondern bewusst gemacht werden sollen. Weltethos ist gleichzeitig «personenorientiert, institutionenorientiert und resultatorientiert»4.

Insofern zielt das Weltethos nicht nur auf eine das Individuum möglicherweise entlastende Kollektivverantwortung (als



Ferdinand Hodler, Aufstieg und Absturz, 1894 (Detail)

4 Vgl. A. Riklin, Politische Ethik. Ein Grundriss aus der Sicht der westlichen Zivilisation, in: H. Küng / K.-J. Kuschel, Wissenschaft und Weltethos, München 1998, S. 129-140.

ob an bestimmten Missständen nur «die Verhältnisse», die «Geschichte», «das System» Schuld seien). Es zielt in besonderer Weise auf die individuelle Verantwortung eines jeden Einzelnen an seinem Platz in der Gesellschaft und ganz besonders auf die individuelle Verantwortung der politischen Führer. Die freie Verpflichtung auf ein gemeinsames Ethos schliesst selbstverständlich nicht aus, sondern ein, dass sie vom Recht unterstützt wird und unter Umständen juristisch eingeklagt werden kann, im Fall von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und völkerrechtlicher Aggression, allerneuestens sogar vor einem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, wenn nämlich ein Vertragsstaat unfähig oder nicht Willens ist, die auf seinem Boden verübten Verbrechen juristisch zu ahnden.

Ein Missverständnis ist von vornherein zu vermeiden: Eine ethisch orientierte Weltpolitik meint keine vollständige Unterordnung der Politik unter die Ethik, denn eine solche wird der Eigengesetzlichkeit der Politik nicht gerecht und führt zum Moralismus, der die Moral überfordert; das Macht- und Interessenkalkül darf in Innen- wie Aussenpolitik nicht vernachlässigt werden. Umgekehrt aber widerspricht eine ethisch orientierte Weltpolitik entschieden einer vollständigen Ablösung der Politik von der Ethik. Solche «Realpolitik» ist letztlich unrealistisch, verletzt die Allgemeingültigkeit der Ethik und führt zum Amoralismus. Werte, Ideale und Massstäbe dürfen von der Politik nicht vernachlässigt werden, wenn sie den Menschen dienen soll. Angesichts einer weitgehend individualistischen Gesellschaft und jeder militarisierten Aussenpolitik ist ethische Verantwortlichkeit anzumahnen.

Wenn sich ein neues nach-modernes Paradigma von Politik gegen alle Widerstände in der Welt von heute doch durchsetzen soll, dann bedarf es nicht der skrupellosen geopolitischen Machtstrategen alten Stiles. Dann braucht es mehr authentische Staatsmänner wie die grossen Gestalter des Nachkriegs-Europa, die Intelligenz, Entschlossenheit, Durchsetzungskraft und Stehvermögen aufweisen, die aber gleichzeitig auch über eine ethisch bestimmte Vision und konkrete Konzepte der Kooperation verfügen und sie in hohem Verantwortungsbewusstsein realisieren verstehen.

Eine Politik der Verantwortungsethik im Geist von Max Weber und Hans Jonas meint also einen Mittelweg zwischen unmoralischer Realpolitik und moralisierender Idealpolitik.

Statt des Zusammenpralls der Dialog der Kulturen

«Opus iustitiae pax», ursprünglich ein Jesajawort, spielt bei Augustin und bei Eine ethisch
orientierte Weltpolitik meint
keine vollständige Unterordnung der
Politik unter
die Ethik.

Thomas von Aquin und so in der ganzen christlichen Tradition eine nicht unbedeutende Rolle: der Friede ist eine Frucht der Gerechtigkeit! Dies ergibt sich ja auch aus unserem historischen Tour d'horizon: «Versailles» ist das Paradebeispiel eines als ungerecht empfundenen Friedensvertrags, der unweigerlich neue Konflikte, gar Krieg zur Folge hat. Weitere Beispiele: Potsdam, Dayton, Kosovo. Politologen haben errechnet, dass von 104 Kriegen zwischen 1945 und 1995 nicht weniger als 79 wieder zu Konflikten und davon 65 zu Kriegen führten.

Umgekehrt aber gibt es genug Beispiele für Friedensverträge, die von allen Konfliktparteien in allen entscheidenden Punkten als gerecht empfunden wurden und die deshalb einen dauernden Frieden zu schaffen vermochten: das Saar-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich (1956), die Grenzberichtigungen zwischen den Niederlanden und Deutschland (1960), das Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel (1970), die Vereinigung Deutschlands nach den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen (1990).

Man braucht nicht mit Jimmy Carter persönlich gesprochen zu haben um zu wissen, welcher ethische und von daher auch politische Wille dieses überzeugten Christen am Werk war, um in Camp David ein Friedensabkommen zwischen dem Juden Begin und dem Muslim Sadat zu erreichen. Erwähnen darf ich auch, dass es der ethische Wille hinter Tony Blairs unermüdlichem politischem Einsatz für einen Frieden in Nord-Irland gewesen ist, der unsere Stiftung Weltethos veranlasst hat, den britischen Premierminister zur Ersten Weltethos-Rede im Juni 2000 nach Tübingen einzuladen.

Andererseits zeigt eine Analyse etwa des Jugoslawien-Konflikts erstens, dass in dessen allerersten Phase 1991 bei Präsident Bush wie bei den europäischen Grossmächten jeder ethische und von daher politische Wille zum Widerstand durch glaubwürdige Sanktionsandrohung gegen die eklatante serbische Aggression mit Bombardierungen der Zivilbevölkerung fehlte; und zeigt zweitens, dass die katholischen und orthodoxen Kirchenleitungen – anders etwa als die Südafrikas – in den vergangenen Jahrzehnten ihre Möglichkeiten keineswegs genutzt haben, um durch

einen echten Dialog Missverständnisse, traumatische Erinnerungen und Feindbilder aufzuarbeiten und durch Aufbau eines Netzwerkes das Land in einer Föderation nach Schweizer Muster zusammenzuhalten.

War hier also ein «Zusammenprall der Kulturen» unvermeidbar? Keineswegs. Offengestanden: Nachdem ich mich schon seit den frühen Achtzigerjahren als Theologe dafür eingesetzt hatte (nicht zuletzt immer wieder im Uno-Hauptquartier in New York), dass die Realität der Religionen für Weltpolitik und Weltfrieden ernst genommen wird, nahm ich in den Neunzigerjahren mit Genugtuung zur Kenntnis, dass mit Huntington endlich ein prominenter Politologe auftrat und noch obendrein einer aus der Schule der «Realisten», der anders als alle Oberflächenpolitiker und -politologen die bewusst-unbewusste Tiefendimension weltpolitischer Konflikte wahrnimmt und so auf die grundlegende Rolle der Religionen in der Weltpolitik aufmerksam macht. Ganz anders übrigens als Huntingtons Harvard-Kollege Henry Kissinger, der in seinem monumentalen Werk «Diplomacy» diesem Thema nicht die geringste Aufmerksamkeit schenkt und politisch-religiöse Persönlichkeiten wie Mahatma Gandhi, Dag Hammarskjöld und Martin Luther King mit keinem Wort erwähnt und Lech Walesa und Václav Havel nur mit einem kleinen Satz.

Seit Huntington merkten immer mehr Politiker und Politologen, dass zur Multipolarität globaler Politik auch Multikulturalität und Multireligiosität gehören. Für eine Einschätzung künftiger Konfliktpotenziale muss man zweifellos ernst nehmen, dass Konflikte der Weltpolitik sich gerade zwischen Gruppen und Nationen verschiedener Kulturen abspielen können. Es gibt doch zu denken: Die von den Realpolitikern der Moderne gezogenen Staatsgrenzen in Osteuropa und auch in Afrika verblassen vor den uralten Grenzen, die nun einmal von den Völkerschaften, Religionen und Konfessionen gebildet wur-Konfliktlinien wurden sichtbar zwischen Armenien und Aserbaidschan, zwischen Georgien und Russland, der Ukraine und Russland, erst recht zwischen verschiedenen Völkerschaften in Jugoslawien und schliesslich auch zwischen den Hutu und Tutsi innerhalb verschiedener

Seit Huntington
merkten immer
mehr Politiker
und Politologen,
dass zur
Multipolarität
globaler Politik
auch
Multikulturalität
und
Multireligiosität
gehören.

Staaten Zentralafrikas. Huntington hat also nicht einfach unrecht mit seiner Prognose, dass man realistisch auch in Zukunft mit kulturell bedingten Konflikten zu rechnen hat.

Trotzdem meine ich ihm letztlich in seiner Grundthese nicht Recht geben zu dürfen. Dreierlei möchte ich einwenden:

Ein erster Einwand: Huntingtons Clash-Theorie täuscht simplifizierend ein einfaches Koordinatensystem vor: Er übersieht, dass die Gegensätze etwa innerhalb des Islams oft grösser sind als die des Islams zum Westen. Die allerneuesten Kriege fanden sehr oft zwischen Rivalen derselben Zivilisation statt: zwischen Iran und Irak, Irak und Kuwait, in Algerien, Somalia, Sudan, Ruanda, Afghanistan ... Überhaupt sind Kulturen oder Zivilisationen als solche keine weltpolitischen Akteure und einzelne Staaten als ihre Hauptakteure nicht zu erkennen. Es gibt sogar Allianzen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Kulturen, etwa der USA mit Japan, Südkorea, Taiwan, ebenso im Sudan und im Golfkrieg.

Ein zweiter Einwand: Huntingtons Clash-Theorie fördert das Blockdenken: der Westen gegen den Islam, der Westen gegen die chinesisch-konfuzianische Zivilisation. Die sieben oder acht «Zivilisationen» grenzt er als monolithische Grössen voneinander ab. Als ob diese sich in der Realität nicht überlappten oder oft – bis hinein in die europäisch-amerikanischen Grossstädte – gegenseitig durchdrängten.

Ein dritter Einwand: Huntingtons Clash-Theorie ignoriert die Gemeinsamkeiten: Innerhalb der einen Christenheit grenzt er die östlich-orthodoxe von der westlichen oder auch die westlich-nordamerikanische von der lateinamerikanischen Zivilisation ab und arbeitet allüberall das Gegeneinander der Kulturen heraus, ohne grundlegende Gemeinsamkeiten auch nur zu erwägen – von den Gemeinsamkeiten mit dem Islam und dem Judentum ganz zu schweigen.

Alle drei Einwände gebündelt, heisst dies: ein Kampf der Kulturen und Religionen ist nicht unvermeidlich! Mir erscheint es grundsätzlich fraglich, ob es nach dem Kalten Krieg und der bipolaren Verfestigung der Fronten in der neuen multipolaren Welt von heute überhaupt noch ein einheitliches globales Erklärungsmodell

gibt. Eine nüchterne Beurteilung der globalen Situation wird die kulturell-religiöse Dimension der Weltpolitik zwar ernst nehmen, sie aber nicht allen anderen Dimensionen überstülpen. Hier liesse sich in der Diskussion vielleicht ein Konsens finden, den ich so formulieren möchte:

- Auch in den aussenpolitischen Konflikten der nach-modernen Epoche geht es zuallermeist um Territorien, Rohstoffe, Handel und Geld, also um wirtschaftliche, politische und militärische Machtinteressen.
- Für territoriale Auseinandersetzungen, wirtschaftliche Konkurrenz und Machtinteressen aller Art bilden die ethnischreligiösen Differenzen und Rivalitäten zwar nicht das alles erklärende Paradigma oder Koordinatensystem, wohl aber die ständig gegebenen untergründigen Strukturen, von denen her politisch-wirtschaftlich-militärische Konflikte jederzeit gerechtfertigt, inspiriert und dramatisiert, aber auch entschärft und befriedet werden können.
- Die Kulturen oder die Religionen bilden also nicht die leicht zu kartographierende Oberflächendimension aller Konflikte, doch bilden sie mit ihren höchst verschiedenen Paradigmen die auf keinen Fall zu vernachlässigende Tiefendimension vieler Antagonismen und Konflikte zwischen den Nationen, und dies oft noch mehr innerhalb der Nationen, in den einzelnen Städten, Schulen, ja Familien.

Fazit: Der von diesem Experten des Pentagon prognostizierte angeblich unausweichliche globale Zusammenprall der Kulturen kann bestenfalls als von einzelnen Militärstrategen und Politikern benötigtes neues Angstmodell dienen, etwa für einen amerikanischen Anti-Raketen-Schild, für den die USA bereits Milliarden Dollar verschwendet haben und anscheinend noch weitere 60 Milliarden Dollar verschwenden wollen oder für 3000 Kampfflugzeuge um den unverantwortlichen Preis von 400 Milliarden Dollar. Und all dies, obwohl man in Sozial- und Entwicklungspolitik oft für elementare Aufgaben nicht genug Geld hat. Für wieviele zehntausende von Kindern könnte allein mit einer Milliarde Dollar das Überleben gesichert werden! Auch dies ist eine Frage des Ethos. Nein, die zukunftsweisende

Der prognostizierte, angeblich unausweichliche globale Zusammenprall der Kulturen kann bestenfalls als von einzelnen Militärstrategen und Politikern benötigtes neues Angstmodell dienen.

Vision für die Menschheit ist nicht der Zusammenprall, sondern der Dialog der Kulturen.

.....

Vision für die Menschheit ist nicht der Zusammenprall, sondern der Dialog der Kulturen: der mit allen Kräften anzustrebende globale Frieden zwischen den Religionen in die Voraussetzung und der Motor eines globalen Friedens zwischen den Nationen.

Die Notwendigkeit eines Weltethos

Die elementaren humanen Werte und Standards der grossen ethisch-religiösen Traditionen, wie sie in den genannten Erklärungen für unsere heutige Zeit ausgedrückt sind, wurden in einem höchst komplizierten sozial-dynamischen Prozess im Lauf der Evolution des Menschen durch den Menschen selber herausgebildet. Das heisst: Wo sich Bedürfnisse des Lebens und menschliche Dringlichkeiten und Notwendigkeiten zeigten, da drängten sich Handlungsregulative für das menschliche Verhalten auf: Prioritäten, Konventionen, Gesetze, Gebote, Weisungen und Sitten, kurz, bestimmte ethische Normen, Werte und Standards. Und so findet sich denn vieles, was in der Hebräischen Bibel, im Neuen Testament und auch im Koran, in den Kulturen semitischen Ursprungs also, als Gebot Gottes verkündet wird, auch in den Religionen indischen und chinesischen Ursprunges.

Das heisst nun aber auch: Immer wieder neu mussten und müssen die Menschen ethische Normen, ethische Lösungen in Entwürfen und Modellen erproben, sie oft durch Generationen hindurch einüben und bewähren. Nach Perioden von Bewährung und Eingewöhnung kommt es schliesslich zur Anerkennung solcher eingelebter Normen, aber manchmal auch wieder - wenn sich die Zeit völlig verändert hat - zur ihrer Aushöhlung und Auflösung. Man kann sich fragen, ob wir vielleicht in einer solchen Zeit leben.

Man beklagt ja allgemein ein Orientierungsvakuum: dass wir trotz und zum Teil auch wegen aller Globalisierung in einer religiös-politisch zerrissenen, kriegerischkonfliktreichen und zugleich einer orientierungsarmen Zeit leben: in einer Zeit, in der viele moralische Autoritäten an Glaubwürdigkeit verloren haben; in einer Zeit, in der viele Institutionen in den Strudel tiefgreifender Identitätskrisen gezogen sind; in einer Zeit, in der viele Massstäbe

Literatur:

Hans Küng, Projekt Weltethos, Piper, München 1990.

Hans Küng/Karl-Josef Kuschel (Hrsg.), Erklärung zum Weltethos. Die Deklaration des Parlamentes der Weltreligionen, Piper, München 1993.

Hans Küng, Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft, Piper, München 1997.

Helmut Schmidt (Hrsg.), Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten. Ein Vorschlag, Piper Verlag, München 1998.

Hans Küng / Karl-Josef Kuschel (Hrsg.), Wissenschaft und Weltethos, Piper, München 1998.

Hans Küng (Hrsg.), Globale Unternehmen – globales Ethos. Der globale Markt erfordert neue Standards und eine globale Rahmenordnung, Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt 2001.

Hans Küng (u.a.), Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen, Fischer Verlag, Frankfurt 2001.

Informationen über die Arbeit der Stiftung Weltethos finden sich auf der Homepage: http://www.weltethos.org

und Normen ins Gleiten kamen, sodass viele gerade auch junge Menschen kaum noch wissen, was in den verschiedenen Lebensbereichen gut und was böse ist.

Wer wollte also bestreiten, dass ein neuer ethischer Gesellschaftskonsens notwendig ist: eine Rückbesinnung auf ein Minimum an humanen Werten und Standards. Dafür sind alle geistigen Ressourcen der Menschheit zu nützen, die religiösen und die philosophischen Traditionen, wie dies bei der Formulierung der genannten Weltethos-Erklärungen geschehen ist. Keine einzige Religion oder Philosophie kann ihre spezifischen Werte und Standards den anderen aufzwingen. Aber jede Religion oder Philosophie kann aus ihrem geistigen Fundus zu einem neuen ethischen Gesellschaftskonsens beitragen.

Es gibt deshalb zu besonderer Hoffnung Anlass, dass die Weltethos-Idee von höchsten kirchlichen Stellen rezipiert wird und sich darin eine Übereinstimmung zwischen den christlichen Kirchen abzeichner.

Vereinte Nationen und Weltethos

Zum Abschluss der eingangs bereits erwähnten Debatte vom 8.–9. November 2001 über den «Dialog der Kulturen» verabschiedete die Uno-Vollversammlung eine «Globale Agenda», welche die Suche nach gemeinsamen ethischen Standards als Nach dem neuen
Paradigma tritt
anstelle der
neuzeitlichen
nationalen
Interessen-,
Macht- und
Prestigepolitik
eine Politik
regionaler
Versöhnung,
Verständigung
und
Annäherung.

Ferdinand Hodler, Aufstieg und Absturz, 1894 (Detail) wichtige Aufgabe aller Nationen proklamiert. Deren Artikel 4 lautet:

«Der Dialog der Kulturen liefert einen wichtigen Beitrag zum Fortschritt auf folgenden Gebieten:

- Förderung der Vertrauensbildung auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene;
- Vergrösserung des gegenseitigen Verständnisses und Wissens zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, Kulturen und Zivilisationen auf verschiedenen Gebieten einschliesslich von Kultur, Religion, Erziehung, Information, Wissenschaft und Technologie;
- Benennung von Gefahren für Frieden und Sicherheit;
- Förderung und Schutz der Menschenrechte;
- Ausarbeitung gemeinsamer ethischer Standards.»

Damit hat die Idee des Weltethos definitiv die Ebene der Vereinten Nationen



erreicht. Und nachdem die zentralen Elemente eines kultur- und religionsübergreifenden globalen Ethos bereits Eingang gefunden hatten in den Expertenbericht für die Uno «Brücken in die Zukunft», war es mir eine besondere Ehre, in New York am 9. November in einem Statement der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein solches Weltethos vorstellen zu dürfen:

«Herr Präsident der Vollversammlung, sehr verehrte Delegierte, meine Damen und Herren!

Mit grosser Dankbarkeit nehme ich die überaus ehrenvolle Aufgabe wahr, mich an diese hohe Versammlung zu wenden. Als Wissenschaftler setze ich mich seit Jahrzehnten allen Hindernissen zum Trotz für die Förderung des Weltfriedens durch einen Dialog der Kulturen und Religionen ein. Es erfüllt mich daher mit grosser Hoffnung für die Zukunft, dass diese Versammlung den «Dialog der Kulturen» auf ihre Tagesordnung gesetzt hat.

Viele Menschen fragen sich angesichts der heutigen Irrungen und Wirrungen: Wird das 21. Jahrhundert wirklich besser sein als das 20. Jahrhundert voll von Gewalt und Kriegen? Werden wir eine neue Weltordnung, eine bessere Weltordnung wirklich erreichen? Im 20. Jahrhundert verpassten wir 3 Chancen für eine neue Weltordnung:

- 1918 nach dem Ersten Weltkrieg wegen der europäischen «Realpolitik»,
- 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg wegen des Stalinismus,
- 1989 nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Golfkrieg wegen eines Mangels an Vision.

Unsere Gruppe legt eine solche Vision eines neuen Paradigmas internationaler Beziehungen vor, welches auch neue Akteure in der globalen Szene in Betracht zieht.

In unseren Tagen treten die Religionen wieder als Akteure in der Weltpolitik in Erscheinung. Es ist wahr, viel zu oft haben die Religionen im Lauf der Geschichte ihre zerstörerische Seite gezeigt. Sie haben Hass, Feindschaft, Gewalt, ja, Kriege angeregt und legitimiert. Aber in vielen Fällen haben sie Verständigung, Versöhnung, Zusammenarbeit und Frieden angeregt und legitimiert. In den letzten Jahrzehnten sind überall auf der Welt verstärkt Initiativen des interreligiösen Dialogs und der Zusammenarbeit der Religionen entstanden.

In diesem Dialog entdeckten die Religionen der Welt wieder, dass ihre eigenen ethischen Grundaussagen jene säkularen ethischen Werte unterstützen und vertiefen, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind. Auf dem Parlament der Weltreligionen 1993 in Chicago erklärten über 200 Vertreter und Vertreterinnen aus allen Weltreligionen zum ersten Mal in der Geschichte ihren Konsens über einige gemeinsame ethische Werte, Standards und Haltungen als Basis für ein Weltethos, die dann in den Bericht unserer Expertengruppe für den Generalsekretär und die Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Was ist dann die Basis für ein Weltethos, wie es Menschen aus allen grossen Religionen und ethischen Traditionen teilen können?

Erstens das Prinzip der Menschlichkeit: «Jeder Mensch – ob Mann oder Frau, weiss oder farbig, reich oder arm, jung oder alt – muss menschlich behandelt werden». Noch deutlicher ausgedrückt ist dies in der «Goldenen Regel» der Gegenseitigkeit: «Was du nicht willst, das man dir tut, das füge auch keinem anderen zu.» Diese Prinzipien werden in vier zentralen Lebensbereichen entfaltet und rufen jeden Menschen, jede Institution und jede Nation dazu auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen:

- für eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben,
- für eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Wirtschaftsordnung,
- für eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit,
- für eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau.

Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist ein solch globales Ethos absolut notwendig. Denn die Globalisierung von Wirtschaft, Technologie und Kommunikation führt auch zu einer Globalisierung von Problemen auf der ganzen Welt, die uns zu überwältigen drohen: Probleme im Umweltbereich, der Atomtechnologie und der Gentechnologie, aber auch im globalisierten Verbrechen und Terrorismus. In einer solchen Zeit ist es dringend nötig, dass die Globalisierung von Wirtschaft, Technologie und Kommunikation von einer Globalisierung des Ethos unterstützt wird. Mit anderen Worten: Die Globalisierung braucht ein globales Ethos, nicht als zusätzliche Last, sondern als Grundlage und Hilfe für die Menschen, für die Zivilgesellschaft.

Herr Präsident, sehr verehrte Delegierte, meine Damen und Herren!

Einige Politologen sagen für das 21. Jahrhundert einen «Zusammenprall der Kulturen» voraus. Dagegen setzen wir unsere anders geartete Zukunftsvision; nicht einfach ein optimistisches Ideal, sondern eine realistische Hoffnungsvision: Die Religionen und Kulturen der Welt, im Zusammenspiel mit allen Menschen guten Willens, können einen solchen Zusammenprall vermeiden helfen, vorausgesetzt, sie verwirklichen die folgenden Einsichten:

Kein Friede unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen.

Kein Friede unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen.

Kein Dialog zwischen den Religionen ohne globale ethische Standards.

Kein Überleben unseres Globus in Frieden und Gerechtigkeit ohne ein neues Paradigma internationaler Beziehungen auf der Grundlage globaler ethischer Standards.» ◆

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN: THESEN UND BERICHTE

Gruppe I: Biologische Sicherheit - wie riskant die Welt ist

Thesen:

Françoise Bieri/ Beatrix Rubin-Lucht

Die Entdeckungen der Biowissenschaften bringen es mit sich, dass die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Produkte, welche zur Lösung von aktuellen Problemen im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft, in der chemischen Industrie und im Umweltbereich beitragen, immer rascher vorangetrieben wird. So etabliert sich die industrielle Biotechnologie beispielsweise zunehmend in der chemischen Industrie, was für die Umwelt einen unbestreitbaren und messbaren Fortschritt mit sich bringt. Stellt man das Innovationspotenzial in Rechnung, so repräsentiert die Biotechnologie jenen Wirtschaftssektor, dessen Dynamik durch die eindrücklichste Zahl an geschaffenen «start ups» belegt wird. Die Investoren interessieren sich sehr dafür, ungeachtet der Tatsache, dass die finanziellen Erfolge gelegentlich auf sich warten lassen.

Aber es ist ohne Zweifel kein Zufall, dass die in den Medien am meisten umstrittenen Anwendungen ausgerechnet jene sind, welche gleichzeitig einerseits für bestimmte Gruppen attraktive Perspektiven eröffnen und anderseits in der Öffentlichkeit Unsicherheiten hervorrufen, besonders im Hinblick auf deren langfristige Folgen. Es sei hier lediglich auf die Entzifferung des menschlichen Genoms, auf die Xenotransplantation, auf die Gentherapie und auf das Klonen im Dienst der Human- oder Tiermedizin hingewiesen und natürlich auch auf die transgenen Pflanzen im Agro- und Ernährungsbereich. In der Schweiz werden, wie in zahlreichen anderen Ländern, die Vorteile und Risiken der Anwendung neuer Technologien im Rahmen von «Technology Assessment»-Programmen evaluiert. Ihr Ziel ist das bessere Erkennen von Chancen und Problemen und die Erarbeitung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf geeignete Massnahmen und deren sinnvolle Handhabung.

Die Meinungsumfragen, die in der Schweiz und in Europa regelmässig durchgeführt werden, zeigen, dass die grosse Mehrheit sehr skeptisch bleibt und bestimmte Anwendungen der Biotechnologie, insbesondere im Agro- und Ernährungsbereich ablehnt. Bezüglich der Weiterentwicklung der Biotechnologie scheint es, dass die vorherrschende Meinung in der Zivilgesellschaft von der Meinung einer Mehrheit der Experten aus Wissenschaft und Industrie abweicht. Einer der Gründe für diese Meinungsdifferenz mag darin liegen, dass das Potenzial an Ungewissheit, das in dieser Technologie steckt, auf die einen zwar eine Faszination ausübt, bei vielen anderen aber keine Akzeptanz hat, weil für sie die Risiken (seien sie nun potenziell oder nachgewiesen) und die Unsicherheit im Zusammenhang mit gewissen Anwendungen im Vordergrund stehen.

Bis zu welchem Punkt ist es möglich, die Risiken auszuschalten und die Unsicherheiten einer gegebenen Anwendung vor ihrer Zulassung so zu reduzieren, dass diese akzeptabel wird? Die Schwierigkeit, diese Frage zu beantworten, hat die Experten und die Entscheidungsträger veranlasst, über das Wesen des Risikos nachzudenken, und es gibt sowohl über die Risikoevaluation als auch über den richtigen Umgang mit Risiken zahlreiche neuere Studien.

Aus diesen Studien geht hervor, dass die Experten und das breite Publikum weder dieselbe Wahrnehmung haben noch dieselben Massstäbe anwenden, wenn sie die Risiken beurteilen. Ferner kann man daraus entnehmen, dass die Menschen durchaus selbstgewählte Risiken akzeptieren, wenn es um den Genuss geht oder um die Vorteile, welche eine risikoreiche Handlung mit sich bringt (Rauchen oder eine Therapie befolgen). Sie akzeptieren auch Risiken, von denen sie den Eindruck haben, sie könnten sie beherrschen (Autofahren). Im Gegensatz dazu lehnen sie jene Risiken ab, die mit persönlichen, negativ gefärbten Wahrnehmungen verknüpft sind. Die transgenen Pflanzen fallen unter diese Kategorie: Ein «genetisch verändertes» Lebensmittel wird mit «Mutation» gleichgesetzt und mit etwas Künstlichem, deshalb halten es Dreiviertel der Menschen für ungesund bzw. schädlich (Studie Eurobarometer). Im deutschen Sprachgebiet hat man damit sogar den Namen «Frankenstein» assoziiert.

Die Arbeitsgruppe hat die verschiedenen Aspekte der Biowissenschaften und ihrer Anwendungen analysiert, bei denen der Einsatz wie auch deren Auswirkungen auf die Gesellschaft eine grosse Rolle spielen.

Françoise Bieri

Bericht:

Die öffentliche Akzeptanz der Gentechnologie ist im medizinischen Bereich grösser ist als im Ernährungs- und Landwirtschaftssektor. Diese grössere Akzeptanz hängt mit der unterschiedlichen Verteilung von Nutzen und Risiko, sowie mit dem Element der Wahlfreiheit zusammen. Wer zieht im agro-alimentären Bereich, wenn überhaupt, einen Nutzen aus der Bio- und Gentechnologie?

Die Grosskonzerne? Eine anonyme Weltbevölkerung? Und wer trägt das Risiko? Ich selbst, die mir sympathischen Bauern oder die Umwelt? Zweifellos besteht eine akzentuierte, um nicht zu sagen selektive Wahrnehmung des Risikos im Bereich der grünen Gentechnik. Der Versuch, Unsicherheit und Risiko in allen Bereichen gleichermassen wahrzunehmen und zu differenzieren, ist kaum von der Hand zu weisen. Die gesetzlichen Regelungen sollten einer realistischen Risikowahrnehmung angepasst und das Risiko nicht nur als ein unbekannter Schadensfall mit unbekannter Eintrittswahrscheinlichkeit, sondern auch als Chance definiert werden. Bei aller Aufklärung über Chancen und Risiken bleibt jedoch ein Unbehagen gegenüber der Wissenschaft, die einerseits Problemlösungen erarbeitet, die aber andererseits immer wieder Akteure hervorbringt, die bereit sind, alles Machbare auch zu tun und denen ein «kreatives» Misstrauen entgegengebracht werden muss.

Angesichts der Diskussion über die Biotechnologie am Beispiel der transgenen Pflanzen in der Schweiz scheint sowohl auf Seiten der Akteure als auch bei den Gegnern ein Spektrum divergierender Meinungen und ein nuanciertes Meinungsbild vorhanden zu sein. Daraus folgt, dass es sich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen «Wissensträgern und Angstträgern» handelt und Wissen keineswegs mit Akzeptanz gleichgesetzt werden kann. Damit wird auch deutlich, dass Aufklärung mit der Absicht, Akzeptanz zu erreichen, nicht das Ziel der Befürworter einer neuen Technologie sein kann. Vielmehr müssen sich diese um einen wirklichen Dialog mit der Gesellschaft bemühen, der paraphrasiert werden kann mit «don't teach me, but talk to me» und noch weiterreichend «and listen to me», denn nur so kann das Votum der Nichtexperten den Inhalt des Dialogs mitbestimmen und Demokratie bereits im Vorfeld der Entscheidung geübt werden. Der Demokratie kommt hier eine zentrale Entscheidungsfunktion bei unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten zu, bei denen gesetzliche Regelungen unabdingbar sind. Im Bereich der Biotechnologie haben die Wissenschaftler jedoch über einen Zeitraum von 17 Jahren die Abwesenheit der Legislative mit eigenen Regelwerken, von der Gesellschaft unbeachtet, erfolgreich ausgeglichen.

Gesetzliche Regelungen und die internationale Ebene

Angesichts des globalen Charakters neuer Technologien stellt die internationale Harmonisierung national entwickelter Lösungen eine besondere Herausforderung dar. Dies wird deutlich, wenn man die unterschiedlichen Zulassungsverfahren für transgene Pflanzen in den USA und Europa vergleicht: In den USA ist eine Zulassung dann erforderlich, wenn im Zusammenhang mit der gentechnischen Veränderung DNS von potenziellen Pflanzenschädlingen oder -krankheiten verwendet wurde. Alleine der Umstand, dass eine Sorte mittels gentechnischen Methoden hergestellt wurde, löst also kein Zulassungsverfahren aus. Es handelt sich um ein «produktbezogenes Zulassungsverfahren». Dagegen müssen in der EU alle Pflanzensorten einem Bewilligungsverfahren unterzogen werden, sobald sie mit Hilfe der Gentechnik erzeugt wurden, ungeachtet der dadurch hervorgerufenen neuen Eigenschaften. Diesem Ansatz der «prozessbezogenen Zulassung» folgt auch die schweizerische Gesetzgebung. Nebst der internationalen, gesetzlichen Abstimmung, die sehr schwer zu erarbeiten ist, wurde auf den Einfluss der wirtschaftlichen Aktivitäten verwiesen, die gerade im Bereich der transgenen Pflanzen globale Auswirkungen haben und nationale Unterschiede teilweise nivellieren können. Die restriktive Haltung der schweizerischen Politik wurde einerseits als Chance gesehen des «nicht auch Tuns». Es wurde aber auch darauf verwiesen, dass die Gefahr besteht, dass die Schweiz durch zu grosse Passivität vom Akteur in der Technologie zum blossen Konsumenten derselben und ihrer Produkte wird. Entscheidungen in Bereichen, in denen wissenschaftliche Unsicherheiten bestehen, bereiten besondere Schwierigkeiten. Wenn die Experten keine einheitliche Meinung vertreten, haben die Entscheidungsträger die Wahl zwischen dem Verbot oder der Einführung der Technologie oder des Produktes trotz der Vorbehalte. Das Vorsorgeprinzip wurde als eine Methodologie angesprochen, die es möglicht macht, Unsicherheiten besser zu erfassen und angepasstere Entscheidungen zu treffen. Damit sollte in der Zukunft sowohl der Umgang mit, als auch die Akzeptanz von möglichen Risiken verbessert werden. In einem der Schlussvoten wurde darauf verwiesen, dass man nie alle Entwicklungen in der Biotechnologie antizipieren kann und dass man immer wieder neue Ansätze zum Umgang mit neuen Risiken entwickeln muss, ohne dabei die Freiheit des Standorts Schweiz aus den Augen zu verlieren. 💠

Beatrix Rubin-Lucht

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsidentin: Dr. Françoise Bieri, Basel; Berichterstatterin: Dr. Beatrix Rubin-Lucht, Basel Prof. Dr. Jean-Paul Aeschlimann, Montpellier; Nathalie Aeschlimann, Meilen; Dr. Roland Bilang, Zürich; Dr. Bernhard Cathomas, Chur; Dr. Jürg de Spindler, Altendorf; Dr. Ernst Homberger, Gossau; Dr. Klaus Hug, Bern; Dr. Christoph Koellreuter, Basel; Dr. h. c. Michael Kohn, Zürich; Dr. Thomas Maissen, Zürich; Dr. Christoph Meili, St. Gallen; Prof. Anne Petitpierre, Genève; Prof. Dr. Heidi Schelbert, Basel; Prof. Dr. Daniel Schümperli, Bern; Prof. Dr. Beat Sitter-Liver, Bern; Peter Steiner, Zürich; Dr. Martina Weiss, Zürich; Prof. Dr. Alexander J. B. Zehnder, Dübendorf; Jean Zwahlen, Genève

Gruppe II: Soziale Sicherheit - neue Wege

Thesen:

Beat Kappeler/ Robert Nef

Die Ausgaben für soziale Sicherheit beanspruchen in den kontinentaleuropäischen Ländern Anteile am Volkseinkommen, welche nicht «nachhaltig» sind. Sie lösen entweder die Probleme nicht, oder künftige Generationen können sie nicht aufbringen, oder sie verhindern die Wertschöpfung, welche nötig wäre.

Die Probleme: Die Rentensysteme im Umlageverfahren werden teuer durch die Schere zwischen immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Rentenbezügern und durch zusätzliche Rentenjahre dank höherer Lebenserwartung. Die «Gesamtlastquote» (Kinderkosten und Renten) der Aktiven wird durch Kinderlosigkeit nicht wesentlich geringer. Aber die Kinderlosigkeit Europas erhöht vermutlich die Immigration. Diese wirft ihrerseits Fragen der Qualifikation und Ausbildung der Arbeitskräfte sowie des Zusammenlebens auf.

Die Lasten: Die Umlagesysteme Kontinentaleuropas (Ausnahme Schweiz, Niederlande, Schweden) haben hohe Beitragssätze auf den Löhnen gebracht (20 und mehr Prozent) und lassen dennoch unfinanzierte Rentenzusagen in der Höhe von etwa 150 Prozent eines Bruttosozialprodukts voraussehen (Deutschland, Frankreich, Italien). In der Schweiz wird die AHV nach 2010 Finanzierungsschwierigkeiten haben. An Lösungen vorgeschlagen sind: eingeschränkte Witwenrente, höhere Beiträge von Selbstständigen und Auslandschweizern, höheres Rentenalter, geringere Maximalrenten, höhere Mehrwertsteuer-Prozente als Beitrag, rentablere Anlage des AHV-Fonds, Einlage von Nationalbank-Gold in den Fonds.

Die Wertschöpfung wird durch die Rentensysteme verhindert, wenn die älteren Aktiven aus dem Arbeitsmarkt entfernt und verrentet werden, wenn die Lohnnebenkosten zu hoch sind, wenn Arbeitslosenversicherungen, Invalidenversicherung und Fürsorge die Aufnahme von Arbeit nicht ermutigen. Die meisten europäischen Sozialstützungen werden Punkt für Punkt zurückgenommen, wenn die Unterstützten selbst verdienen, was keinerlei Arbeitsanreiz darstellt. Ausserdem können Mitnahmeeffekte in Arbeitslosen- und Krankenversicherung auftreten. Der schwarze Arbeitsmarkt stellt ein Misstrauensvotum an den Staat dar, nicht durch Finanzimperien, sondern durch Putzfrauen und Samstags-Maurer.

Gleichzeitig verändern sich die abzudeckenden Risiken: In der Arbeitswelt nehmen individualisierte, befristete, flexibilisierte Verhältnisse zu, Arbeit im Auftrag statt im Zeitlohn verbreitet sich, dies führt oft zu Scheinselbstständigkeit. Die anlaufende Informationsrevolution eliminiert viele hergebrachte Vermittlerfunktionen. Die globalen, engen und raschen Verbindungen, Wertschöpfungsketten, Lagerhaltungssysteme haben die Konjunkturphasen in USA, Europa, Asien parallel gemacht. Das Ende der Wertpapierhausse der Neunzigerjahre, die Finanzkrachs verschiedener Länder des Südens stellen ebenfalls konjunkturelle Globalrisiken dar.

Das individuelle Armutsrisiko in den entwickelten Gesellschaften steigt mit der familiären Entsolidarisierung und zeigt sich nicht als «Klassenphänomen», sondern als Lebenszyklus-Problem der meisten Individuen (Ausbildung, Familiengründung, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Alleinerziehen, Alter, Alleineleben, Immigration usw.).

In der Schweiz haben wir gegenwärtig die Chance, gleichzeitig die AHV (11. Revision), das Pensionskassengesetz (BVG), die IV, die Arbeitslosenversicherung revidieren zu können, und in einer Parlamentskommission wird eine Stützung für «working-poor»-Familien vorbereitet.

Beat Kappeler

Bericht:

In der Gruppendiskussion zum Thema «Soziale Sicherheit – neue Wege» haben sich eine Fülle von wertvollen Analysen und neuen Gesichtspunkten ergeben, von denen hier nur eine Auswahl resümiert wird.

Ausgangspunkt waren folgende Feststellungen: Die Sozialversicherung muss dann einspringen, wenn sich die Menschen im Alter oder wegen Invalidität, Krankheit oder sonstiger Hilfebedürftigkeit nicht mehr eigenständig durchs Leben bringen können. Die Regulierungen im Arbeitsmarkt und die Arbeitslosenversicherung sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor untragbaren Risiken des wirtschaftlichen «Lebensunternehmertums» schützen. Eine grosse Zahl von Menschen ist heute den Schwierigkeiten einer dauernden flexiblen Anpassung an den raschen Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft nicht, bzw. noch nicht gewachsen. Der «mündige Mensch» bleibt in vielerlei Hinsicht immer noch eher ein Postulat als eine

Daraus ergaben sich folgende Gesichtspunkte: Das Leben kann heute generell in drei Abschnitte gegliedert werden: Eine Erziehungs- und Lernzeit von 0-30, eine Zeit wirtschaftlicher Produktivität von 30-60 und eine Zeit der Musse im Alter von 60-90, wobei es gute Gründe gibt, daraus nicht ein starres allgemeinverbindliches Schema zu machen, sondern individuelle Flexibilität zuzulassen und zu fördern. Lebenslanges Lernen, früheres Eintreten ins Erwerbsleben durch Mischformen des «learning by doing» und durch individuelle Weiterführung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten im Alter können die negativen Auswirkungen des Dreiphasenmodells zwar mildern, aber nicht beseitigen. Alle drei Phasen haben ihre spezifischen Probleme, aber eine Verbesserung der Nachhaltigkeit bedingt in erster Linie einen Veränderungsbedarf im Zusammenspiel der Phasen und Funktionen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Bildungswesen, in welchem jenes Humankapital bereitgestellt wird, das eine bessere Koordination und Kooperation ermöglicht.

Die mittlere Generation steht vor der Herausforderung, mit ihrer Produktivität die beiden anderen Phasen nachhaltig zu finanzieren. Da die sogenannten «aktiven Jahrgänge» zunehmend auch im demokratischen Entscheidungsprozess eine Minderheit bilden, sind zusätzliche Ungleichgewichte und soziale Spannungen zu erwarten. Eine effiziente Sozialpolitik, welche der Minderheit der Erwerbstätigen genügend Anreize für Produktivität und Wachstum bietet, verlangt möglicherweise nach neuen Formen der Meinungsbildung (z.B. gewichtetes Stimmrecht).

Die Ausgaben für soziale Sicherheit beanspruchen in den kontinentaleuropäischen Ländern Anteile am Volkseinkommen, welche nicht nachhaltig sind. Grosse Systeme wie die auf dem Umlageverfahren aufgebaute AHV und die kapitalgedeckte berufliche Vorsorge (BVG) schaffen zunächst für alle gleichzeitig kollektive Sicherheit um den Preis der Abhängigkeit von diesen Systemen und um das Risiko, dass beim Zusammenbruch dieser Systeme die grosse Mehrheit Not leidet. Das schweizerische Dreisäulenprinzip verteilt diese Risiken allerdings wiederum auf verschiedene Teilsysteme, sodass daraus in einem «Mix» eine gewisse Robustheit resultiert, die auch eine schrittweise Anpassung an neue Gegebenheiten und Trends ermöglicht. Alle Vorsorgesysteme beruhen letztlich auf verschiedenen Spielarten des Vertrauens. Wer an den Staat glaubt, vertraut auf das Umlageverfahren, wer an die Werterhaltung bzw. Wertvermehrung in kollektiven oder individuellen Anlagen glaubt, vertraut auf kapitalgedeckte Renten oder Ersparnisse, wer an sich selbst glaubt, investiert in sein Humankapital, wer an die Familie und an die nächste Generation glaubt, investiert in die Erziehung und Ausbildung seiner Kinder. Die Robustheit solcher Mischformen von Vertrauen und Misstrauen hat allerdings auch den Nachteil, dass die Zusammenhänge in einem Netz von Solidaritäten und Absicherungen wenig transparent bleiben. Die Politik und die organisierten wirtschaftlichen Interessen nutzen diese Unübersichtlichkeit als eine Chance zur Machtausübung und Popularitätssteigerung durch attraktive Angebote an einzelne Anspruchsgruppen, deren Kosten auf Dritte, bzw. auf kommende Generationen überwälzt werden. Bei aller Sympathie für die robuste Unübersichtlichkeit «gezielter» Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wurden auch plausible Gründe für einen grundsätzlichen Systemwechsel in Richtung «negative Einkommenssteuer» und effiziente generelle übersichtliche Solidaritätssysteme ohne Bedürftigkeitsnachweis vorgebracht. In eine andere Richtung zielt der Vorschlag, alle individuellen Sozialbezüge in einem «carnet social» transparent zu dokumentieren. Eine generelle Abkoppelung der Sozialpolitik von der Wirtschafts-, Gesundheits- und Bildungspolitik könnte deren Effizienz und Transparenz steigern, ohne dass damit automatisch ein Sozialabbau verbunden wäre. Ihr Ausbau und Umbau wäre im politischen Entscheidungsprozess transparent mit den Kostenfolgen für die Finanzierung zu verbinden, was eine Alternative zum unkontrollierten Ausbau einzelner, z.T. ineffizienter Kleinsysteme bilden könnte. 💠

Robert Nef

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsident: Dr. h. c. Beat Kappeler, Herrenschwand; Berichterstatter: Robert Nef, Zürich Heinz Allenspach, Fällanden; Prof. Dr. Giorgio Behr, Buchberg; Fritz Blaser, Basel; Dr. Jacqueline Burckhardt, Zürich; Gilbert Coutau, Genève; Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Fribourg; Katja Gentinetta, Lenzburg; Dr. Peter Gross, Zürich; Dr. Max Gsell, Bern; Dr. Thomas Held, Zürich; Katharina Hoby-Peter, Zürich; Markus Hofmann, Zürich; RAin Margit Huber-Berninger, Zürich; Annemarie Lanker Hablützel, Bern; Avv. Marina Masoni, Bellinzona; Susanne Oberholzer, Felben-Wellhausen; Avv. Luigi Pedrazzini, Bellinzona; Andreas Rieger, Zürich; Martino Rossi, Bellinzona; Dr. Marcel R. Savioz, Zürich; Prof. Dr. Bernd Schips, Zürich; Prof. Dr. George Sheldon, Basel; Dr. Martin Wechsler, Blauen; Martin Wegelin, Dübendorf; Dr. Pierre Weiss, Genève; Myrtha Welti, Zürich

Arbeitsgruppe III: Geld und Sicherheit

Thesen:

Konrad Hummler/ Cinderella Vassiliadis

Geld ist der kleinste gemeinsame Nenner der modernen Volkswirtschaft. Geld wird von den Notenbanken geschöpft und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Die Gelder der verschiedenen Notenbanken bilden ein weltweites System von Währungen, die in der Mehrheit untereinander fungibel sind. Geld wird durch das Kreditwesen vervielfacht und beherrscht das Wirtschaftsleben in umfassender Weise.

Geld ist das Substrat, mit dem der Austausch von Gütern und Dienstleistungen stattfindet, Geld bildet das Bezugssystem zur Feststellung des relativen Wertes von Gütern und Dienstleistungen; mit Geld wird Kapital an die einzelnen Wirtschaftssubjekte alloziert; mittels Geld kann das Individuum seinen Konsum zeitlich vorziehen oder aufschieben, und schliesslich ist Geld auch das Mittel zur Äufnung und Steuerung des Staatshaushalts.

Geld ist nie sicher. Bewahrt man es in Form von Münzen oder Noten auf, wird man leicht zum Opfer von Eigentumsdelikten. In Phasen der Teuerung verliert man Kaufkraft. Wird Geld in der einen oder anderen Form investiert, dann unterliegt es den verschiedenartigsten Gefahren wie z.B. dem Gegenparteirisiko, Marktrisiken, unternehmensspezifischen Risiken oder dem Zinsrisiko. Jede Anlage, und sei es auch das einfachste Sparkonto einer kleinen Bankfiliale, birgt Kerne solcher Risiken in sich. Zwischen der Höhe der Risiken und dem Preis, der für die Hingabe von Geld entrichtet wird, besteht ein positiver Zusammenhang.

Der Wunsch nach Sicherheit entspricht dem Bedürfnis des Menschen nach voraussehbaren Verhältnissen und Bewältigbarkeit von Unvorhergesehenem. Geld erhöht durch die Möglichkeit des Konsumaufschubs und durch erzielte Renditen von Anlagen die Planbarkeit künftiger Vorgänge und die Fähigkeit, mit Unvorhergesehenem umzugehen. Dies ist Eigenkapital. Je höher sein Anteil an den Bilanzen von Unternehmungen und von privaten Individuen, desto höher ist die Sicherheit im definierten Sinne.

Die Sicherheit durch Eigenkapital wirkt aber nur soweit, als künftige Herausforderungen durch Geld auch lösbar sind. Existenzielle Fragen wie psychisches Wohlbefinden, Glück, aber auch Krankheit und Tod entziehen sich ganz oder teilweise dem Wirkungsbereich von Geld.

Geld ist Teil des politischen Systems und ist deshalb den Risiken, wie sie die Politik mit sich bringt und schafft, ausgesetzt. Konfiskation mit brachialer Gewalt, überhöhte Steuern oder Inflationierung sind die typischen Mittel des politischen Systems, Geld für seine Zwecke zu missbrauchen. Selbst demokratische Staatsformen sind vor einem Abdriften in diesbezügliche Praktiken nicht gefeit.

Bislang haben viele Individuen ihre politischen Geldrisiken durch Kapitalflucht in Drittländer (offshore) reduziert. Die weltweiten Harmonisierungsbestrebungen und die Tendenz zu immer weniger Währungen stellt diese Diversifikationsstrategie grundsätzlich in Frage.

Konrad Hummler

Bericht:

Die Arbeitsgruppe diskutierte als Kernfrage, in welcher Weise Geld einen Beitrag bei der Suche nach Sicherheit leisten kann.

Die Auseinandersetzung mit der Geldwirtschaft als System erfordert zunächst eine Differenzierung der Wirtschaft in eine reale und monetäre Welt. Die monetäre Welt steht im Dienst der realen Welt und soll einen stabilen Rahmen für die Funktionsfähigkeit der realen Welt gewährleisten. In dem zeitlichen Mismatch der Ströme aus realer und monetärer Welt wurzelt eine der Hauptursachen für die systembedrohende Instabilität. Insbesondere gilt es auch zu klären, ob der private oder der öffentliche Sektor stabiler ist. Sollen monetäre Mittel eingesetzt werden, um die privaten Instabilitäten zu kompensieren? Wie reagiert der private Sektor auf staatliches Fehlverhalten? Es stellt sich gegenwärtig auch die Frage, ob wir uns in einer nachfrageseitig induzierten Rezession befinden. Der Einsatz von allfälligen Mitteln und deren Eignung ist derzeit ungeklärt.

Will man das Finanzsystem hinsichtlich seines Beitrags zur Generierung von Sicherheit beurteilen, sind folgende Konstellationen zu beobachten: Die Aufrechterhaltung der Kaufkraftstabilität als oberstes Postulat einer wirkungsvollen Geldpolitik wird durch neue politische Herausforderungen, Instabilitäten des Privatsektors und die gleichzeitige Forderung nach mehr Gesamtstabilität in Frage gestellt. Inflationsbekämpfung scheint gelöst zu sein, nicht hingegen die Frage nach der Gesamtstabilität des Systems. Bedarf es dazu einer Aufsichtsbehörde oder reguliert sich der Markt am besten selbst? Die Existenz eines Regelwerks ist umstritten, da dessen Detaillierungsgrad oft zu weit geht. Daher sollte man sich auf Minimumstandards beschränken, wenn gleichzeitig der Konkurs als zentrales disziplinierendes Ereignis bestehen bleibt. Die Notwendigkeit einer Aufsichtsbehörde impliziert keinen Freibrief für ein unübersichtliches, erschöpfendes Regelwerk. Zuviel Schutz durch Regeln könnte auch dazu führen, dass die Funktion der Aufsichtsbehörde als «lender of last resort» von einigen Marktteilnehmern dahingehend interpretiert wird, unverhältnismässig hohe Risiken auf Kosten des Systems einzugehen. Dieses Moral Hazard-Phänomen ist mitunter auch in der kontrovers geführten Debatte um die Präsenz des Internationalen Währungsfonds aufgetaucht, der als globale Aufsichtsbehörde in vielen Krisenländern destabilisierend gewirkt hat.

Das Modell der «Optimum Currency Areas» sollte neu hinterfragt werden. Neben den Divergenzen von realer und monetärer Welt führen strukturelle Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen zu einer erneuten Kritik an der Subsumierung heterogener Volkswirtschaften unter

eine einheitliche Geldpolitik. Die globale Einheitswährung scheitert an der wirtschaftlichen Realisierbarkeit dieser Theorie sowie dem Faktum, dass Geld ein politisches Produkt bleibt und dass es auf globaler Ebene eben keinen adäquaten Kontrollprozess gibt.

Aus dem Blickwinkel der Vorsorge erhält das Thema «Geld und Sicherheit» praktische Relevanz. Wie sicher kann Vorsorge sein? Demographische und gesellschaftliche Veränderungen stellen die bestehenden Vorsorgesysteme in Frage; Überalterung, Verkürzung der Lebensarbeitszeit und technischer Fortschritt sind nur einige der Einflussfaktoren. Die Vorsorge sollte sich auf ein Portfolio von Vorsorgearten abstützen. Das Drei-Säulen-Prinzip der Schweiz dient vielen Nationen als Vorbild, birgt aber auch strategische Gefahren, wie z.B. dass sich im Falle einer Sozialunion im Rahmen der EU-Harmonisierung Trittbrettfahrer auf Kosten der fortschrittlicheren Nationen bereichern.

Kritisch bleibt die Frage der Finanzierung. Im Grunde genommen finanziert das Individuum seine Vorsorge selbst, sei es indirekt über Lohnverzicht oder direkt über aktives Sparen. Die AHV ist bereits jetzt gleichzusetzen mit einer Steuer, da man oft mehr zahlt, als man je erhalten wird. Die Umverteilung des BSP durch den Staat ist längst nicht mehr als selbstverständlich zu sehen. Die künftige Realisierbarkeit der zweiten Säule bedingt eine hohe Produktivität, welche in der Schweiz selbst nur noch schwer zu finden ist. Insofern spräche einiges für eine regional diversifizierte kapitalgedeckte Altersvorsorge, weil die Schweiz als Nettogläubiger gegenüber der Welt so auf indirektem Weg von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen im Ausland profitieren und ihre Renten über den Kapitalmarkt finanzieren könnte.

Die kapitalgedeckte Vorsorge stellt eine Alternative dem auf dem Generationenvertrag basierenden Umlageverfahren dar. Zu überlegen wäre eine opting-out Variante, d. h. das Individuum entscheidet eigenverantwortlich, welche der drei Säulen es für seine Altersvorsorge verwenden möchte. Dieser Individualismus würde jedoch zu Lasten der allgemeinen Solidarität gehen. Politische Probleme sind vorhersehbar, wenn die Gesellschaft durch Überalterung und Geburtenrückgang weiterhin destabilisiert wird und der Staat seine Verpflichtungen gegenüber dem Bürger nicht mehr finanzieren kann. Geld bietet also nur eine Antwort auf die Frage der Altersvorsorge, weitere Elemente sind vor allem die Eigenverantwortung und die familiäre Vorsorge.

Geld hat eine zweite evolutionäre Ebene geschaffen. Langfristig führen die Risiken trotz mancher Krise zu mehr Stabilität. Doch für den Umgang mit den neuen Gegebenheiten bedarf es einer Neugestaltung der bisherigen Mission. Freilich bleibt die Frage zu stellen, wie sie aussehen kann und wer sie entwickeln sollte. •

Cinderella Vassiliadis

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsident: Dr. Konrad Hummler, St. Gallen; Berichterstatterin: Dr. Cinderella Vassiliadis, St. Gallen Prof. Dr. Jörg Baumberger, St. Gallen; Heinrich Christen, Zürich; HM Ambassador Basil Eastwood, Bern; Corinne Erni, Wittenwil; Dr. Beat M. Fenner, Zumikon; Dr. Marcello Foa, Milano; Prof. Dr. Bruno Gehrig, Zürich; Prof. Dr. Dr. Albert Huch, Zürich; Prof. Dr. Martin Janssen, Zürich; Philippe Lévy, Bern; Prof. Dr. Josef Marbacher, Baden; Philipp A. Müller, Niederuzwil; Urs B. Rinderknecht, Zürich; Dr. Eugen Schmid, Zürich; Dr. Alfonso Tuor, Lugano; Prof. Guido Vestuti, Como; Silvia von Ballmoos, Frauenfeld; Dr. Dr. Guido von Castelberg, Zürich; Dr. Rudolf Walser, Zürich; Prof. Dr. Heinz Zimmermann, St. Gallen; Betty Zucker, Zürich

Arbeitsgruppe IV: Geopolitische Sicherheit

Zur Lage/Thesen:

Kurt Spillmann/ Petra Y. Barthelmess Die Bedingungen von «Sicherheit» sind nicht wirklich objektivierbar. Hinter dem Begriff der Sicherheit steht die subjektive Beurteilung der Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer unerwünschten Veränderung des Ist-Zustandes bzw. eines Störfalles. Dementsprechend enthält auch eine Beurteilung der geopolitischen Sicherheit einen grösseren Anteil an nicht reduzierbarer subjektiver Beurteilung.

Folgende strukturelle Entwicklungen werden die geopolitische Sicherheit der kommenden Jahre beeinflussen:

Demographie und Migration: Die bis zum Jahr 2015 auf 1,2 Milliarden geschätzte Bevölkerungsvermehrung erfolgt zu 95 Prozent in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und Lateinamerikas. Ungünstige Lebensumstände in diesen Ländern lassen den Migrationsdruck durch Scharen junger männlicher Arbeitsloser ansteigen. Es ist zu erwarten, dass die neuen Zuwanderer in der ersten Welt an der Aufrechterhaltung ihrer eigenen kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität festhalten wollen und dass daraus Sicherheitsprobleme in verschiedensten Erscheinungsformen entstehen können.

Ökonomie: Das bis zum Jahr 2015 erwartete Wirtschaftswachstum wird regional ungleich ausfallen und wiederum die Länder der ersten Welt am günstigsten beeinflussen, wogegen die Verlierer die armen und ärmsten Nationen Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens und Asiens sein werden.

Informationstechnologie und Globalisierung: Die technologische Entwicklung wird zur Verbreiterung des Grabens zwischen den bereits wohlhabenden und den armen Nationen beitragen.

Forschung: Neue Forschungsentwicklungen in den Bereichen Nanotechnologie, Genetic Engineering, Künstliche Intelligenz und Roboter werden uns nicht nur forschungspolitisch, sondern auch sicherheitspolitisch beschäftigen müssen. Individuen und Kleingruppen können grösstes Gewalt- und Destruktionspotenzial akkumulieren. Dagegen hinkt die Erforschung der Grundlagen des menschlichen Denkens, Handelns und Fühlens – also der Voraussetzungen des Handelns, das diese potenziell gewaltigen Instrumente handhabt – noch weit hinten nach. Die Neuentwicklungen der Militärtechnologie, die vor allem in den USA bereitgestellt wurden, können die Sicherheit der ersten Welt ebenso wenig garantieren wie seinerzeit die Doktrin der massiven (nuklearen) Vergeltung.

Ressourcen: Die industrialisierte Welt wird weiterhin von fossilen Energieträgern abhängig bleiben, und die USA werden viel daran setzen, den Zugang zu diesem kritischen Rohstoff im Bereich der islamischen Länder offen zu halten.

Ökologie: Langfristig wird die Bedrohung der biologischen Lebensgrundlagen als fundamentale Gefährdung allen Lebens an Bedeutung gewinnen bzw. die Menschheit wird herausgefordert sein, kooperativ die grossen gemeinsamen Probleme wie Luftverschmutzung, Verfügbarmachung von genügend Trinkwasser für eine wachsende Menschheit, Klimadestabilisierung usw. anzugehen.

Jeder dieser strukturellen Trends bewegt sich in seinem eigenen Tempo. Ihr Zusammenwirken ist nicht berechenbar und die menschliche Vorstellungskraft reicht auch heute noch nicht aus, um sich die real eintretende Zukunft vorzustellen.

Die politisch-regionalen Sicherheitsprobleme können wie folgt beurteilt werden:

USA: Das für unerschütterlich gehaltene Selbstbewusstsein und die für eben so unerschütterlich gehaltenen Sicherheitspositionen der USA sind durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Zwar ist Amerikas militärische und wirtschaftliche Macht in keiner relevanten Weise getroffen worden, jedoch haben es die brutalen Verletzungen durch fundamentalistische Terroristen vermocht, bisher eingehaltene soziale Normen wirkungsvoll zu brechen und damit Verunsicherung und Angst in der amerikanischen Bevölkerung zu verbreiten. Im aktuellen Konflikt zwischen den USA und einem terroristischen Netzwerk zeigen sich in exemplarischer Weise die neuen Eigenschaften der «asymmetrischen Gewaltkonflikte» des 21. Jahrhunderts.

Europa: Für die nächste Zeit ist in Europa die Weiterentwicklung der europäischen Integration von grösster Bedeutung. Die Terroranschläge des 11. September haben die Beziehungen zu Russland, die durch die Thematik des nuklearen Abwehrschirmes Anfang 2001 belastet waren, fühlbar entspannt. Allerdings wird der Transformationsprozess Russlands zum Rechtsstaat noch lange Zeit in Anspruch nehmen.

Der Balkan wird als Unruheregion noch auf sehr lange Zeit nicht ohne internationale Beaufsichtigung «existieren» können. Die Frage Albaniens – zunehmend auch «safe haven» für Terroristen und die internationale Drogenmafia - wird sich in naher Zukunft in den Vordergrund schieben.

Naher und Mittlerer Osten: Man wird mit einer Fortsetzung blutiger Konfrontationen auf absehbare Zeit leben müssen. Die Radikalisierung unter den Palästinensern ist islamistischen Terrororganisationen anzulasten. Aber auch die harte Politik Sharons und die Unnachgiebigkeit in der Siedlungsfrage deuten auf weitere Konfrontationen hin. Bemerkenswerterweise sind Syrien, der Irak und Saudiarabien und Ägypten praktisch frei von Erscheinungen des organisierten Islamismus. Diese Länder haben ihre Islamisten längst mit harter Hand unterdrückt und vertrieben, finanzieren aber deren Organisationen im Ausland in verdeckten Kanälen. Die westlichen Länder - insbesondere die USA - werden ihre Freundschaft insbesondere zu Saudiarabien überprüfen müssen. Es wird dabei wichtig sein, die klare Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus nicht aus den Augen zu verlieren. Nach wie vor besteht in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens mit Ausnahme Israels keinerlei Aussicht auf Entwicklung von echter Demokratie.

Afrika: Afrika versinkt weiterhin in Korruption, Misswirtschaft, Krankheit (Aids) und Bürgerkriegen. Die Aussicht auf wirtschaftliche Verbesserungen, auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind sehr gering. Südafrika stellt die Ausnahme von diesem weitverbreiteten allgemeinen Trends dar.

Asien: Afghanistan leidet unter den Folgen des Krieges, und eine friedliche Lösung ist noch nicht absehbar. Pakistans Lage ist prekär. Der Militärdiktator Musharaf scheint zwar zur Zeit noch sicher im Sattel und hat sich auch bereit erklärt, die Unterstützung der Amerikaner in ihrem Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Indien verhält sich in dieser Lage rücksichtsvoll und ruhig. Bemerkenswert ist die vorsichtige Politik der Volksrepublik Chinas gegenüber dem internationalen Terrorismus.

Schweiz: Die Schweiz ist von den Terroranschlägen des 11. September in New York und Washington ebenfalls betroffen, da sie auch zur modernen, säkularisierten Welt des Westens, d. h. zur Zielgruppe der Terroristen gehört. Sicherheitspolitisch werden zweierlei Konsequenzen gezogen: Auf der einen Seite wird vertreten, dass nunmehr noch klarer sei, dass kein einzelnes Land im Zeitalter der Globalisierung eine rein nationale Politik betreiben und sich hinter nationalen Grenzen verschanzen könne. Die Wertordnung der Uno und des Westens müssten kooperativ gesichert werden. Auf der andern Seite wird geltend gemacht, dass es nun erst recht gelte, sich neutral zu verhalten, um sich aus den Konflikten anderer heraushalten zu können.

Kurt Spillmann

Bericht:

Der 11. September hat den seit Jahrzehnten innerhalb der islamischen Welt bestehenden Konflikt direkt in unsere Welt hineingetragen. Der Westen hatte seit geraumer Zeit mit terroristischen Anschlägen gerechnet. Theoretisch war man sich des Gefahrenpotenzials des islamistischen Terrorismus bewusst. Überrascht und traumatisiert ist man heute vom Ausmass an Gewalt und Hass. Man ist schockiert über die eklatante Missachtung sozialer Rechtsnormen und über die offensichtlich gewordene Verwundbarkeit der offenen Gesellschaft. Was waren die Hintergründe dieses Anschlags? Was war die Botschaft der Attentäter? Was hat sich seither geändert? Wo können Lösungen gefunden werden? Die Diskussion – ganz im Banne des 11. September – war tendenziell von kaum abweichenden Meinungen geprägt.

Ist der Anschlag vom 11. September mit dem Motiv der «ausgleichenden Gerechtigkeit» zu erklären? Im Zuge der Globalisierung hat sich ein Strukturwandel vollzogen, der durch alle Gesellschaftsschichten hindurchgeht und von dem alle Länder der Welt betroffen sind. Die Übermacht des Westens seit dem Ende der bipolaren Weltordnung und die in ihrem verstärkten Unilateralismus seither immer offenkundiger werdende Dominanz der USA gelten in vielen Teilen der Welt als Ursache für die als negativ empfundenen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Hintergründe des islamistischen Extremismus liegen in dem zunehmenden Verlust der kulturellen Eigenständigkeit und in dem Gefühl der Überrumpelung und Demütigung durch den Westen. Der aus einer Position der Ohnmacht und der Schwäche geführte Versuch, eigene Traditionen zu bewahren, endet vielfach in einer Rückwärtsgewandtheit, in einer Radikalisierung und in einer nach aussen gerichteten Aggression.

Welches sind nun die Lösungen? Welches sind die kurz- und langfristigen Mittel zur Bewältigung dieser Krise? Der 11. September stellt einen Anschlag in einem Weltbürgerkrieg dar, der nur mit den Mitteln der Weltinnenpolitik befriedet werden kann. Der Militäreinsatz in Afghanistan ist keine Lösung. Durch flächendeckende Bombardierungen kann das weltweite Netz der Terrororganisationen nicht zerschlagen werden. Im Gegenteil – je länger der Krieg dauert, desto mehr führt er zu einer Destablisierung der islamischen Welt und insbesondere Pakistans. Kurzfristig ist ein gezielter limitierter Polizeieinsatz in engster Zusammenarbeit mit der arabischen Welt, dem Ideal nach eine weltpolizeiliche Aktion, das angemessene Mittel für die Verfolgung der für den 11. September verantwortlichen Personen. Zivilisationsterror ist Bestandteil der globalisierten Welt. Es liegt im Interesse aller Staaten, den Terrorismus in seine Schranken zu weisen. Die Bemühungen dürfen die Welt nicht in zwei Lager teilen – in jenes des sogenannt «zivilisierten» und rachsüchtigen Westens und in jenes des sogenannt «rückständischen» und hilflosen Orients. Sie müssen derart kommuniziert werden, dass sie auch in der islamischen Welt als ein gerechtfertigter gemeinsamer Kampf für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung angesehen werden.

Längerfristig muss im Westen eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgen. Wie konnte ein derartiger Hass entstehen? Warum haben wir ihn so lange nicht wahrgenommen? Gefordert wird die schnellstmögliche Lösung des Israel-Palästina-Konflikts, wobei Europa eine wichtige Vermittlerrolle übernehmen sollte. Europa hat wichtige strategische Interessen im Nahen Osten. Die erschreckende Abkehr weiter Teile der arabischen Bevölkerung vom Westen und ihre zunehmend feindseliger werdende Haltung stellen für Europa, schon wegen seiner geographischen Nähe, eine grosse Gefahr dar. Gefordert wird ferner eine grundsätzliche Selbstreflexion im tieferen Sinne und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Welt der sogenannt «Anderen».

Der Ausgang dieser Krise wird zeigen, ob man gemeinsam den Terrorismus mit wirksamen Mitteln zu bekämpfen vermag und ob der Westen und die USA in speziellen sich durch eine vermehrte Offenheit und Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der übrigen Welt auszeichnen werden. Werden Vielfalt und Toleranz, Kooperation und Austausch die prägenden Elemente der neuen Weltordnung sein? Oder wird sich der Gegensatz verschärfen? Werden Überwachung und Misstrauen, Radikalisierung und Konfrontation, Missmut und Ausgrenzung die Welt von morgen prägen? Grosse Umbrüche gibt es selten in der Geschichte. Der 11. September stellt einen derartigen dar. Was die Entscheidungsträger dieser Welt aus diesem Ereignis machen, liegt in

ihren Händen. Das Ziel muss die Aufrechterhaltung der offenen Gesellschaft sein. Die Einrichtung einer Weltgemeinschaft, in welcher verschiedene Werte gelebt werden können und den anderen genügend Raum gewährt, ihre Identität zu bewahren; eine Gemeinschaft, deren Massstab aller Dinge in der Erhaltung der menschlichen Würde liegt; eine Gemeinschaft, die sich durch eine grösstmögliche Toleranz auszeichnet; eine Gemeinschaft, deren Toleranz aber dort endet, wo ihre ureigene Existenz in Frage gestellt wird. +

Petra Y. Barthelmess

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsident: Prof. Dr. Kurt R. Spillmann, Zürich; Berichterstatterin: Petra Y. Barthelmess, lic. phil., Zürich Dr. Hans Bachofner, Uitikon-Waldegg; Prof. Dr. Jean-Claude Badoux, Lausanne; Eleonore Baumberger, St. Gallen; Prof. Dr. Franz Blankart, Pampigny; Jean Pierre Bonny, Bremgarten; Jack Brunnschweiler, Wiesendangen; Jacqueline Fendt, Basel; Manuel Graf, Münchwilen; Jean-Claude Hefti, Yverdon-les-Bains; Dr. Peter Jankowitsch, Wien; Philippe Jung, Zürich; Dr. Fulcieri S. Kistler, Barbengo/TI; Prof. Dr. Georg Kohler, Zürich; Filippo Lombardi, Melide/TI; Pierre Mirabaud, Genève; Michele Moor, Lugano; Franz Muheim, Altdorf; Adrian Rappold, Zürich; Daniel Reuter, Zürich; Alfred Rüegg, Strasbourg; Prof. Dietrich Schindler, Zollikon; Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich; Dr. Rudolf Staub, Winterthur; Georg Stucky, Baar; Dr. Theodor M. Tschopp †; Dr. Marianne von Grünigen, Basel; Martin von Orelli, Bern

Gruppe V: Religion als Sicherheit

Thesen:

Käthi La Roche / Michael Wirth

Es gehört zur «condition humaine», dass der Mensch nicht umweltgebunden, sondern weltoffen ist; er ist ganz und gar ins Offene gewiesen und gezwungen, seine Bestimmung immer wieder zu suchen. Zur «condition humaine» gehört auch, dass menschliches Leben begrenzt und vergänglich, anfällig und verwundbar ist. Menschen sind von Geburt an zum Sterben bestimmt, nichts ist so gewiss wie der Tod. Aber gerade das, was mit grösster Sicherheit eintreten wird, ist gleichzeitig Quelle grösster Verunsicherung und Ängste: Alles Sein ist vom Nichtsein bedroht.

Was bedeutet und will Religion angesichts der Weltoffenheit und Freiheit des Menschen, aber auch angesichts der Begrenztheit seiner Existenz? Es gibt viele verschiedene Ereignisse in jedem Menschenleben, die dem Individuum die Bedrohtheit seiner Existenz bewusst machen. Freudige, aber noch mehr leidvolle Erfahrungen machen deutlich, dass das Leben nicht planbar ist; zufällige Begegnungen, Krankheiten, Verluste, Wendungen des Schicksals, die alles verändern und das Dasein seines Sinnes berauben oder aber es mit neuem Sinn erfüllen, bleiben niemandem erspart.

Religionen deuten solche Ereignisse und Erfahrungen, indem sie diese einordnen in eine bestimmte Plausibilitätsstruktur. Ohne eine solche (es gibt allerdings auch säkulare, nichtreligiöse Sinnsysteme) verfiele der Mensch dem Wahnsinn. Religionen leisten – in verschiedenen Kulturen auf je verschiedene Weise - einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Kontingenzbewältigung und zur Vergewisserung des Individuums in seinem durch vielfache existenzielle Bedrohungen verunsicherten Dasein.

Neben der durch die «condition humaine» bedingten «natürlichen» Bedrohtheit des Lebens gibt es eine Reihe weiterer Faktoren, die Menschen verunsichern: Insbesondere ein beschleunigter Wandel sozialer und kultureller Verhältnisse und gesellschaftlicher Wertvorstellungen, bedingt durch Katastrophen, Krisen und Kriege oder durch besondere Technologieschübe, die der Menschheit nicht nur neue Möglichkeiten eröffnen, sondern immer auch grosse Risiken bergen. In Zeiten solcher Erschütterungen bestehender Wirklichkeitskonstruktionen und Wertesysteme kommt es immer wieder zu fundamentalistischen Reaktionen, nicht nur im Christentum. Fundamentalisten bieten Menschen einfache Antworten auf komplexe Fragen, d.h. Sicherheit um den Preis einer gefährlichen Reduktion der Wirklichkeitswahrnehmung und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen.

Dagegen - zumindest im Christentum und insbesondere unter den Protestanten ist das so macht eine gesunde Religiosität und ein erwachsener Glaube eher Mut in einer immer komplexer werdenden Welt offene Fragen offen zu lassen und mit Unsicherheiten zu leben, auf Vertrauen hin und ohne immer und überall schon fertige Antworten und Lösungen bereit zu haben. Vielleicht muss aus religiöser Sicht sogar die Frage gestellt werden: Wieviel Risiko braucht der Mensch? Und nicht nur die Frage: Wie kriegen wir möglichst alle Risiken in Griff, wie minimieren wir Gefahren, wie lösen wir alle Probleme?

Eine Tatsache ist es, dass Menschen in stark antwortbezogenen Glaubenssystemen, Ideologien und fundamentalistischen Gruppen, die alles, was sie bedroht, aussen lokalisieren und aussen bekämpfen, oft paranoide Ängste entwickeln. Oder dass Menschen, die wie wir in unserer westlichen Zivilisation ein relativ risikoarmes Leben führen, sich enorm bedroht fühlen durch gewissermassen «virtuelle» Gefahren wie z. B. die Zerstörung der Ozonschicht, der Umwelt überhaupt, von Katastrophen teilweise apokalyptischer Dimension. Religion kann Menschen keine Sicherheit geben, sondern sie lediglich ermutigen und befähigen, Risiken und die damit verbundenen Ängste und Unwägbarkeiten des Lebens zu ertragen im Vertrauen auf, im Glauben an Gott.

Religion und Sicherheit – das geht nicht zusammen, jedenfalls nicht im Kontext christlicher Tradition. Vielmehr muss die Kirche in allen Lebensbereichen, in denen Sicherheit zum höchsten Wert erklärt wird, deutlich machen, dass für Christen andere Optionen prioritär sind, z. B. Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Für Christen geht es darum, jeder Zweckrationalität zu widerstehen und die richtigen Fragen zu stellen. Christliche Religion wagt das Risiko des Glaubens in einer Welt, in der es keine letzten Sicherheiten gibt. Ob solcher Glaube glaubwürdig ist, zeigt sich allein daran, zu welchem Handeln er führt. Die Glaubwürdigkeit von christlicher Religion und christlicher Kirche misst sich daran, wie und wo sie sich einmischt. In allen angeschnittenen Lebensbereichen, ob es um soziale Sicherheit geht, ums Geld, um Bio- oder andere Technologien oder um geopolitische Fragen, geht es aus religiöser Sicht immer wieder um die Frage der Ethik – und da hätte Religion ein Wort mitzureden, – auch wenn es ein verunsicherndes sein sollte.

Käthi La Roche

Bericht:

Dass eine gemeinsame Religion das Zusammenleben der Völker nicht sicherer macht, ist ein historisches Faktum. Während die deutschen Soldaten Koppelschlösser mit der Aufschrift «Gott mit uns» trugen, bläuten die französischen Offiziere ihren Truppen ein, dass Gott allein mit Frankreich sei. Ebenso wahr ist es auch, dass Kriege zwischen Völkern mit gleicher Religion häufig auch im Namen der gemeinsamen religiösen Werte beendet wurden. So beschworen am Ende des iranisch-irakischen Krieges beide Parteien den gemeinsamen Glauben an Allah. Die katholische Kirche etwa darf aus heutiger Sicht als die Haupttriebfeder für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich gelten. Vor dem Hintergrund der Attentate des 11. September stellt sich die Frage, welche religiösen, geistigen, wirtschaftlichen und politischen Quellen das Aggressionspotenzial des fundamentalistischen Islams alimentieren. Sind die Attentate Ausdruck religiösen Wahns oder von Irreligiosität (Jürgen Mannemann)?

Beide Haltungen scheinen - vor dem Hintergrund der ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen einiger arabischer Staaten - eine Aussöhnung mit westlicher Weltanschauung nicht zuzulassen. Der Terror selbst ist im Sinne einer «Terroratio» (J. Ph. Reemtsma) die neue identitätsstiftende Kraft einzelner Kollektive innerhalb der Gesellschaft einiger Staaten der arabischen Welt geraten. Diese Kraft will sich zwar religiös legitimieren, kann dies jedoch nur mittels eines eklektischen Umgangs mit dem Schriftgut des Islams tun. Wenn unter Religion ein (von einem Gott kommendes) Symbolsystem verstanden wird, das die ganze Gesellschaft durchdringt und auf ihre Frage Antworten liefert, die mit der Realität der Gesellschaft deckungsgleich sind, so versuchen die Fundamentalisten aller Religionen den Gläubigen klar zu machen, dass die Realität ihrer Gesellschaft eigentlich eine von fremden Werten bestimmte ist, von der sie befreit werden müssen. Der islamische Fundamentalismus rekrutiert seine Anhänger denn auch aus wirtschaftlich gescheiterten oder schlechter gestellten Menschen der Mittelschicht, die mit westlichen Werten in Kontakt gekommen sind und diese nun verantwortlich machen. Die Frage, ob nicht in vielen weniger wohlhabenden arabischen Staaten in den letzten Jahren aufgrund andauernder Wirtschaftskrisen diese Mittelschicht weggebrochen ist und die Zahl der Enttäuschten gewaltig angewachsen ist, hat durchaus ihre Berechtigung, wie auch im Ubrigen die Frage, ob nicht die dem Islam ursprünglich nicht inhärente, sich in den letzten Jahrzehnten aber zunehmend vollziehende «Verkirchlichung» (zu der auch die Vermittlung des Korans durch Mullahs gehört), ein neues Autoritätsgefüge geschaffen hat, das eine wesentliche Konstituente des Fundamentalismus ist.

Dass Gottes Wort, um zu den Gläubigen zu gelangen, nicht durch Dritte vermittelt werden müsse, um wirken zu können, ist Teil einer gängigen Religionskritik, zu der auch die Frage gehört, ob ein friedliches und ethisches Zusammenleben religiöser Menschen nicht auch ohne Gott möglich ist. Gott hat sich aber als diejenige Instanz erwiesen, die eine Antwort auf das Unerklärliche und zu den letzten Dingen gibt, und damit ist Gott für die Konstitution von Sicherheit und Geborgenheit in einer Religion letztlich überhaupt der entscheidende Faktor. Denn Gott ist in allen monotheistischen Religionen die Erlöserinstanz, die den Einzelnen dazu anhält, moralisch zu sein. In dieser Instanz kann sich das Individuum spiegeln um zu erkennen, wozu es berufen ist. Allerdings tritt mit Gott auch die Frage des Wahrheitsanspruches, den eine Religion stellen darf, auf den Plan, und die «Wahrheit» macht den Umgang mit religiöser Toleranz so kompliziert. In der Herleitbarkeit der höchsten und einzigen Wahrheit über das Gottesverständnis mag jene Sicherheit angelegt sein, jenes Aufgehobensein des Individuums in der Religion resp. in einem religiösen Kollektiv liegen, das Friedfertigkeit und ethische Überlegenheit generiert. Als Beispiel mag hier die Haltung der Bekennenden Kirche zum Nationalsozialismus die-

nen, die den Anspruch Gottes an das Individuum höher setzte als den Anspruch des Staates. Zugleich ist der Absolutheitsanspruch, der an die Bedeutung Gottes gestellt wird, die Keimzelle von nach aussen (und auch nach innen) getragener Aggression. Wenn eine Religion glaubt, ihr Sinngebungsangebot sei gerecht, fühlen sich ihre Mitglieder und die anderer Religionen sicher. Diesem Konzept ist wesentlich, dass auch andere Religionen ein Existenzrecht haben. Es gilt heute in allen monotheistischen Religionen. Wenn eine Religion aber glaubt, ihre Sinngebung sei die einzig richtige – und dies ist letztlich nur durch theologische Neuinterpretationen und einen eklektischen Umgang mit ihren Schriften möglich, wird die eigene Sicherheit und die anderer religiöser Gemeinschaften aufs Spiel gesetzt. Die Kultur der Moderne ist eine Kultur, welcher der gelingende Umgang mit der Differenz eigen ist. \spadesuit

Michael Wirth

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsidentin: Käthi La Roche, Zürich; Berichterstatter: Dr. Michael Wirth, Zürich

Jeanne Barras Zwahlen, Genève; Dr. Tiziano Balmelli, Fribourg; Dr. Corrado Bianchi Porro, Como; Dr. Rolf Bloch, Muri; Dr. Josef Bruhin SJ, Zürich; Dr. Harold H. Chipman, Zürich; Dominik Feusi, Basel; Reinhard Frei, Balgach; Stefan Kuchelmeister, Zürich; Rudolf Lutz, St. Gallen; Hervé Mariton, F-Crest; Stephane Montangero, Lausanne; Heinz Müller, Zürich; Dr. Monika Notter, Zürich; Dr. Jörg N. Rappold, Zürich; Dr. Pier-Luigi Roncoroni, Adliswil; Stina Schwarzenbach, Zürich; Prof. Dr. Eduard Stäuble, St. Gallen; Dr. Cornelia Vogelsanger, Zürich

TEILNEHMERLISTE / PARTICIPANTS

Hauptreferenten / Rapporteurs principaux / Main Speakers

KHALID DURÁN, Prof., Autor, Herausgeber der Vierteljahresschrift «TransIslam»

HANS KÜNG, Prof. Dr., Theologe

GOTTFRIED SCHATZ, Prof. Dr., Präsident Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat

Gruppenpräsidenten / Présidents des groupes / Chairpersons of Workshops

Françoise Bieri, Dr., Directrice du B.I.C.S. - Biotechnologie: Information und Kommunikation des Schwerpunktprogramms Biotechnologie des Schweizerischen Nationalfonds

KONRAD HUMMLER, Dr., Geschäftsführender Teilhaber Wegelin & Co., Bankiers

BEAT KAPPELER, Dr. h.c., Autor «Weltwoche» und «Le Temps»

KÄTHI LA ROCHE, Pfarrerin, Grossmünster Zürich

KURT R. SPILLMANN, Prof. Dr., Leiter Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich

Teilnehmer / Participants / Participators

Prof. Dr. Jean-Paul Aeschlimann, Montpellier, Consul de Suisse, Président UAS France, Président des Suisses de France Nathalie Aeschlimann, Meilen

Heinz Allenspach, Fällanden, a. NR, a. Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband

Dr. Hans Bachofner, Uitikon-Waldegg, Divisionär a.D.

Prof. Dr. Jean-Claude Badoux, Lausanne, Président, Réseau suisse d'innovation SNI-RSI

Dr. Tiziano Balmelli, Fribourg, Université de Fribourg

Jeanne Barras Zwahlen, Genève, Senior Economist, Crédit Suisse Private Banking

Petra Barthelmess, lic.phil., Mitarbeiterin Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich

Prof. Dr. Jörg Baumberger, St. Gallen, Leiter, Volkswirtschaftliche Abteilung Universität St. Gallen

Eleonore Baumberger, St. Gallen, Ressortleiterin «Aktualität», St. Galler Tagblatt

Prof. Dr. Giorgio Behr, Buchberg, VR-Delegierter, Bircher-Reglomat Gruppe

Dr. Corrado Bianchi Porro, Lugano, Redattore economico, Giornale del Popolo

Dr. Françoise Bieri, Basel, Direktorin, B.I.C.S. - Biotechnologie Information und Kommunikation des Schwerpunktprogramms Biotechnologie des Schweizerischen Nationalfonds

Dr. Roland Bilang, Zürich, Geschäftsführer, InterNutrition Zürich

Prof. Dr. Franz A. Blankart, Pampigny, Staatssekretär a.D., Limited Partner, Mirabaud & Cie. Banquiers, Genève (Panel)

Fritz Blaser, Basel, Präsident, Schweizerischer Arbeitgeberverband

Dr. Rolf Bloch, Courtelary, VR-Präsident Chocolats Camille Bloch S.A., Ehem. Präsident, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund

Jean-Pierre Bonny, Bremgarten, alt Nationalrat, Fürsprecher

Dr. Josef Bruhin, SJ, Zürich, Theologe, Redaktor «Orientierung»

Jack Brunnschweiler, Wiesendangen, a. Zentralpräsident Neue Helvetische Gesellschaft

Dr. Jacqueline Burckhardt, Zürich, Präsidentin der eigenössischen Kunstkommission, Redaktorin der Kunstzeitschrift PARKETT, Vorstandsmitglied Verein Zivilgesellschaft

Prof. Dr. Iso Camartin, Zürich, Kulturchef des Schweizer Fernsehens DRS, Vorstandsmitglied Verein Zivilgesellschaft

Dr. Bernard Cathomas, Chur, Direktor Rätoromanisches Radio und Fernsehen RTR

Dr. Harold H. Chipman, Zürich, C.E.O., Time4com

Heinrich Christen, Zürich, Ernst & Young AG, Zürich (Head Knowledge Management Services)

Gilbert Coutau, Genève, Président Chambre de commerce et d'industrie de Genève

Dr. Gert Dahlmanns, Marburg, Beauftragter des Stiftungsrates Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik

Dr. Jürg de Spindler, Altendorf, Wirtschaftspolitischer Berater

Basil Eastwood, Bern, HM Ambassador in Switzerland

Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Leiter, Seminar für Finanzwissenschaft, Miséricorde - Universität Fribourg

Corinne Erni, Wittenwil, Studentin

Jacqueline Fendt, Basel, Unternehmerin

Dr. Beat M. Fenner, Zumikon, Osec Business Network Switzerland

Dominik Feusi, Basel, Schweizer Paraplegiker-Stiftung

Dr. Marcello Foa, I-Milano, Caporedattore Esteri, «Il Giornale»

Reinhard Frei, Balgach/SG, Reinhard Frei & Partner AG

Prof. Dr. Bruno Gehrig, Zürich, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (Panel)

Dr. des. Katja Gentinetta, Lenzburg, Projektleiterin EXPO.02 für den Kanton Aargau

Manuel Graf, Münchwilen, Student

Dr. Peter Gross, Zollikon, Präsident, Stiftung LIBER'ALL

Dr. Max Gsell, Bern, Präsident, RBA-Holding, Valiant Holding

Jean-Claude Hefti, Yverdon-les-Bains, Président, Nouvelle Société Helvétique

Dr. Thomas Held, Zürich, Direktor, Stiftung Zukunft Schweiz (Panel)

Katharina Hoby-Peter, Zürich, Pfarrerin

Erwin Hofer, Bern, Botschafter - Chef der Politischen Abteilung III/A - EDA

Markus Hofmann, Zürich, Redaktioneller Mitarbeiter Schweiz, NZZ

Dr. Ernst Homberger, Gossau, ehem. Regierungsrat

RAin Margit Huber-Berninger, Zürich, Präsidentin Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz SGU

Prof. Dr. Dr. Albert Huch, Zürich, Direktor der Klinik für Geburtshilfe, Universitätsspital Zürich

Dr. Klaus Hug, Muri, Rechtsanwalt, spezialisiert in Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsmarkts, ehem. Sekretär des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Zürich; ehem. Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA)

Dr. Konrad Hummler, St. Gallen, Geschäftsführender Teilhaber, Wegelin & Co., Privatbankiers

Dr. Peter Jankowitsch, A-Wien, Aussenminister a.D., Generalsekretär Österreichisch-Französisches Zentrum für wirtschaftliche Annäherung in Europa, Wien

Prof. Dr. Martin Janssen, Küsnacht/ZH, ECOFIN-GRUPPE

Philippe Jung, Zürich, PR Executive, Farner PR und Consulting AG

Dr. h.c. Beat Kappeler, Herrenschwanden, Autor «Weltwoche» und «Le Temps»

Dr. Fulcieri Silvio Kistler, Barbengo, Delegato per i rapporti con il mondo ecnomico, Università della Svizzera Italiana

Dr. Christoph Koellreuter, Basel, Direktor/Chefökonom, BAK Konjunkturforschung Basel AG

Prof. Dr. Georg Kohler, Zürich, Ordinarius für Philosophie an der Universität Zürich (Panel)

Dr. h.c. Michael Kohn, Zürich, Präsident Arbeitskreis Kapital + Wirtschaft

Stefan Kuchelmeister, Zürich, Geschäftsleiter, Federas Beratung AG / Stiftung Chance

Prof. Dr. Hans Küng, D-Tübingen, Theologe

Käthi La Roche, Zürich, Pfarrerin am Grossmünster

Annemarie Lanker-Hablützel, Bern, Leiterin Sozialdienst Stadt Bern

Philippe Levy, Bern, ehem. Botschafter, Präsident «Transparency Switzerland»

Dr. Filippo Lombardi, Lugano, Consigliere agli Stati, Direttore TeleTicino

Rudolf Lutz, St. Gallen, Musiker

Dr. Thomas Maissen, Zürich, Redaktioneller Mitarbeiter, Neue Zürcher Zeitung

Prof. Dr. Josef Marbacher, Baden, Fachhochschule Aargau/Nordwestschweiz

Hervé Mariton, F-Crest, Conseiller Régional, Maire de Crest

Avv. Marina Masoni, Bellinzona, Consigliere di Stato, Direttrice del Dipartimento delle finanze e dell'economia del Cantone Ticino

Dr. Christoph Meili, St. Gallen, Stiftung Risiko-Dialog

Pierre Mirabaud, Genève, Associé-Gérant Mirabaud & Cie., Banquiers

Michele Moor, Dipl. Ing., Lugano, Niederlassungsleiter, Wegelin & Co. Privatbankiers, Lugano

Franz Muheim, Altdorf, a. Ständerat, ehem. Präsident Reflexionsgruppe Schweiz-Europa

Heinz Müller, Zürich, alt Generaldirektor UBS; Präsident, Medien-Forum

Philipp A. Müller, Niederuzwil, Unternehmensberater

Robert Nef, Zürich, Leiter, Liberales Institut; Herausgeber der «Schweizer Monatshefte»

Dr. Monika Notter, Zürich, Consultant, Präsidentin Liberale Aktion, Zürich

Prof. Dr. Helga Nowotny, Zürich, Leiterin, Collegium Helveticum (Panel, Leiterin)

Susanne Oberholzer, Felben-Wellhausen, Studentin

Avv. Luigi Pedrazzini, Bellinzona, Consigliere di Stato, Direttore del Dipartimento Giustizia e Polizia del Cantone Ticino

Prof. Anne Petitpierre, Genève, Prof. de l'Université, Vice-Présidente, CICR (Panel)

RA Adrian Rappold, Zürich, Markenanwalt

Dr. Jörg N. Rappold, Zürich, Verfassungsrat, Rechtsanwalt, Unternehmer, Vizepräsident Verein Zivilgesellschaft

Prof. Dr. René Rhinow, Basel, a. Ständerat, Ordinarius für öffentliches Recht, Universität Basel

Andreas Rieger, Zürich, Mitglied der Geschäftsleitung Gewerkschaft Bau & Industrie

Urs. B. Rinderknecht, Zürich, Generaldirektor, UBS AG, Zürich

Dr. Pier-Luigi Roncoroni, Adliswil, Presidente, Comitato centrale Pro Ticino

Martino Rossi, Bellinzona, Direttore, Divisione Azione Sociale (Ticino)

Dr. Beatrix Rubin-Lucht, Basel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Angewandte Ethik und Medizinethik der Universität Basel

Alfred Rüegg, Lutry, a. Botschafter

Dr. Marcel R. Savioz, Zürich, Wissenschaftlicher Berater, Schweizerische Nationalbank

Prof. Dr. Gottfried Schatz, Bern, Präsident, Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat

Prof. Dr. Heidi Schelbert, Zürich, em. Prof., Universität Zürich

Prof. Dr. Dietrich Schindler, Zollikon, em. Prof., Universität Zürich

Prof. Dr. Bernd Schips, Zürich, Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich

Dr. Eugen Schmid, Zürich, Executive MBA-HSG

Prof. Dr. Daniel Schümperli, Bern, Präsident, SANW Forum Genforschung

Stina Schwarzenbach, Zürich, PR Executive, Farner PR und Consulting AG

Prof. Dr. George Sheldon, Basel, Leiter, Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie (FAI) der Universität Basel

Me Serge Sierro, Sierre, a. Conseiller d'Etat, avvocat

Prof. Dr. Beat Sitter-Liver, Bern, Generalsekretär, Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften - SAGW

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann, Zürich, Leiter, Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum Zürich

Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich, em. Professor, Universität Zürich

Dr. Rudolf Staub, Winterthur, Mitglied des Verwaltungsrates, VP Bank Vaduz

Prof. Dr. Eduard Stäuble, St. Gallen, Publizist

Peter Steiner, Zürich, Präsident des Verwaltungsrates, Karl Steiner AG, Zürich

Georg Stucky, Baar, a. NR, Präsident der Auslandschweizer-Organisation

Dr. Tito Tettamanti, London und Castagnola, Präsident des Vereins Zivilgesellschaft, Verfasser von Büchern und Aufsätzen

Dr. Theodor M. Tschopp, †, Vorstandsmitglied Verein Zivilgesellschaft, ehem. Verwaltungsratspräsident Alusuisse Lonza Group AG

Dr. Alfonso Tuor, Lugano, Capo redazione economica, «Corriere del Ticino»

Dr. Cinderella Vassiliadis, St. Gallen, Persönliche Assistentin Dr. K. Hummler, Wegelin & Co., Privatbankiers

Prof. Guido Vestuti, I-Como, Avvocato, Professore di storia del pensiero sociologico, Facoltà di scienze politiche dell'Università Cattolica di Milano

Dr. Cornelia Vogelsanger, Zürich, Programmleiterin, Helferei Grossmünster Zürich

Silvia von Ballmoos, Frauenfeld, Kommunikations- und Medienberaterin

Dr. Dr. Guido von Castelberg, Zürich, ehem. Präsident des Kassationsgerichts des Kantons Zürich

Dr. Marianne von Grünigen, Basel, ehem. Botschafterin der Schweiz. Delegation bei der OSZE, Wien

Martin von Orelli, Bern, Divisionär, Stellvertretender Generalstabschef

Dr. Rudolf Walser, Zürich, Mitglied der Geschäftsführung «economiesuisse»

Dr. Martin Wechsler, Blauen, Mitinhaber, Büro für Pensionskassenberatung

Martin Wegelin, Dübendorf, Program Officer Water Treatment, EAWAG-SANDEC

Dr. Martina Weiss, Zürich, Collegium Helveticum - GLA/ETH Zentrum

Dr. Pierre Weiss, Genève, Conseiller, Fédération des syndicats patronaux

Myrtha Welti, Bern, Vizepräsidentin, Fondation Science et Cité

Dr. Michael Wirth, Zürich, Herausgeber «Schweizer Monatshefte», Projektleiter Stiftung Zukunft Schweiz

Prof. Dr. Alexander J. Zehnder, Dübendorf, Direktor, Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz

Prof. Dr. Heinz Zimmermann, St. Gallen, Direktor, Institut für Banken und Finanzen der Universität St. Gallen

Betty Zucker, Zürich, Unternehmensberaterin, Stiftungsleitung Stiftung Risiko-Dialog, St. Gallen

Jean Zwahlen, Genève, Vice-Président du Conseil d'Administration, Union Bancaire Privée

VON DER REDAKTION EMPFOHLEN

Khalid Durán, Children of Abraham. An Introduction to Islam for Jews, Ktav Publishing House, Hoboken NJ, 2001.

Reuven Firestone, Children of Abraham. An Introduction to Judaism for Muslims, Ktav Publishing House, Hoboken NJ, 2001.

Gerhard Hecht, Rationale Politik ... und die Folgen ihrer Missachtung, Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 2001.

Isolde Schaad, Keiner wars. Roman, Limmat Verlag, Zürich 2001.

Max Schweizer (Hrsg.), Estland, Lettland, Litauen - Schweizerisch-Baltisches Lesebuch. Werdverlag, Zürich 2001.

Jessica Durlacher, Die Tochter. Roman, Diogenes Verlag, Zürich 2001.